

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaaltene Postzelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Sonntag, den 7. Mai 1921.

28. Jahrgang.

Regierungskrise und das Entente-Ultimatum.

Kabinettsbildung erst nach Klärung der Lage . .

Die Neubildung des Reichskabinetts verzögert.

II. Berlin, 7. Mai. Die neue Regierungsbildung wird sich noch um einige Tage verzögern.

Der größte Teil der Fraktionen hatte gestern morgen beschlossen, nach Schluß des Plenums zu neuen Beratungen zusammenzutreten. Diese Absicht konnte nicht verwirklicht werden, da bis dahin der Text des Reparationsplanes noch immer nicht vorlag. Es ist deshalb eine stillschweigende Übereinkunft zwischen den Parteien erzielt worden, die Beratung der Lage auf Sonnabend zu vertagen, da vor Kenntnisnahme des Reparationsplanes eine Beschlussfassung über die Haltung gegenüber der Entente und dadurch in der Kabinettsfrage den Parteien nicht möglich erscheint.

Noch keine bindenden Beschlüsse der Parteien über das feindliche Ultimatum.

Berlin, 7. Mai. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, daß weder die Deutsche Volkspartei noch die Demokraten sich zu einer Unterschrift unter das Ultimatum entschließen können. Die Deutschnationalen werden jede Regierung bekämpfen, die das Ultimatum annehmen will. Ebenso denkt die Bayerische Volkspartei. Das Zentrum will ohne Volkspartei keine Unterschrift leisten. Die Entscheidung wird wohl erst in den heutigen Abendstunden fallen, obwohl die Fraktionen und der Auswärtige Ausschuß schon vormittags zusammentreten.

Wie vom Reichstagspräsidenten mitgeteilt wird, wird heute kaum eine Plenarsitzung des Reichstages stattfinden.

Dr. L. Lübeck, 7. Mai.

Der deutsche Parlamentarismus ist jung und er ist noch sehr ungelent. Was wir aber zurzeit erleben ist viel, viel schlimmer, ist die glatte Unfähigkeit. Scham und Zorn müssen jeden erfüllen, der mit Verstand auf das zurückblickt, was die deutsche Regierung die letzte Woche geleistet hat, was sie getan und was sie unterlassen hat. Mag es zehnmal eine Tantalusaufgabe sein, ein Land zu vertreten, dessen Rechte eine Weitausgabe wie ein Schraubstock umklammert, und in dem der weitestgehende Teil der einflussreichen und besthenden Bevölkerung Gesetze sabotiert, Steuern hinterzieht und im allgemeinen Elend sich bereichert; ungeheures hat trotzdem das abtretende Kabinetts versäumt in seiner Anzulänglichlichkeit und in seiner Rücksichtnahme auf Kapital und Nationalismus.

Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient; und hier liegt der Hauptgrund unseres Regierungselends. Das deutsche Volk hat seine Pflicht, sich selbst zu regieren, heute noch nicht ernsthaft erkannt; sonst würde es nicht jedem nationalistischen Maulhelden nachlaufen, der ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit und die tatsächlichen Verhältnisse mit den abgebrochensten militaristischen Redensarten aus der Zeit Wilhelms II. die öffentliche Meinung betrügt und irreleitet.

Die irreführende öffentliche Meinung hat Simons die Arme gebunden; und sie ist es wieder, die jede Regierungsbildung beinahe unmöglich macht. Ernsthafte deutschnationalen Blätter reden seit zwei Jahren dem Volke vor, daß wir den Krieg gar nicht verloren haben, sondern daß im letzten Augenblick ein Dolchstoß des eigenen Volkes uns auf die Knie gezwungen hat. Und gleichzeitig behaupten sie, daß wir nur entschlossen sein zu sagen brauchen, um die Entente von allen ihren Plänen wie mit einem Zauberstrich abzuwenden. Das Volk glaubt gern an das Bequeme und an Wunder. Große Teile des deutschen Volkes haben auch dem deutschnationalen Heilmittel vertraut; und jetzt?

Keine Partei wagt jetzt, entschlossen den nötigen Weg zu gehen. Demokraten, Zentrum und Volkspartei, sie wollen alle nicht das Odium auf sich laden, daß sie dem deutschen Volke eine Last aufgeladen hätten, die sich nach Ansicht vieler verheerter Volksteile hätte vermeiden lassen. Und sie alle fürchten den nach der Unterzeichnung ins Maßlose gesteigerten Volksbetrug der deutschnationalen Agitationshege.

Was sollen die armen Leute auch machen? Ganz genau wissen sie, daß das Entente-Ultimatum angenommen werden muß, und ebenso genau wissen sie auch, daß sie tausendfach verflucht werden, wenn sie es wirklich annehmen. Am liebsten möchte man die Sozialdemokraten mit diesem Fluche beladen, um dann selbst wieder mitzulachen. Da diese aber nicht dümm genug sind, muß man einen anderen Ausweg suchen.

Der Ausweg scheint nach den obigen Telegrammen schon gefunden zu sein. Man bildet überhaupt keine neue Regierung, sondern man läßt die alte ruhig im Amte, bis ein Entschluß gefaßt ist. Und das erst nach vollzogener Annahme zu bildende Kabinetts wäscht seine Hände in Unschuld, da es ja einen fertigen Zustand vorgefunden hat. Ein schöner Parlamentarismus! Entweder Fehrenbach-Simons haben noch das Vertrauen des Reichstages, dann hätten sie bleiben müssen, oder sie haben es nicht, dann haben sie innerhalb 24 Stunden zu verschwinden. Und an ihre Stelle hat ein neues Kabinetts zu treten; aber nicht ein unpolitisches Vertrauenskabinetts.

Sondern eine Regierung, die bereit ist, die Verantwortung zu tragen, sowohl für die Annahme des Ultimatus wie auch für seine Ablehnung.

Mag Stresemann doch die Regierung bilden, und mag Helfferich das Auswärtige Amt unter seine Fittiche nehmen. Beide haben viel geredet, mögen sie durch die Tat beweisen, daß ihre Kritik mehr war als nur negativ.

Auch heute, wo der Name Schwander mehr und mehr genannt wird, können wir uns mit dieser Kandidatur nicht befreunden. Gemiß ist Schwander ein kluger und tüchtiger Kopf, und als Proletarierlohn auch uns sympathisch, aber der politische Instinkt fehlt ihm in auffallendem Maße. In Straßburg setzte er sich auf die wilhelminischen Trümmer, als jedes Kind wußte, daß das Ende bevorsteht; er hat sich dadurch im Elsaß unmöglich gemacht. Sollte er nochmals den Fehler machen, eine absolut verfahrenere Geschichte retten zu wollen? Weshalb will er nicht die Leute die Suppe auslöffeln lassen, die sie eingebrockt haben?

Eine Erklärung Lloyd Georges.

Zahlungsvorschriften und Sicherheitsfordungen.

Unabhängig von gestern veröffentlichte Beschlüsse des Obersten Rates, die den Inhalt des Ultimatus wiedergeben, hat die Reparationskommission ein Protokoll ausgearbeitet, das von Frankreich, England, Belgien, Italien und Japan einstimmig angenommen wurde. Es ist dies ein Zusatz zu Anlage 2, Teil 8 des Vertrages von Versailles. Da der § 22 es zuläßt, im Rahmen des Vertrages die Anlage über die Reparationen zu ergänzen, unter der Voraussetzung, daß die Vertragsregierungen darin einig gehen, so bringt das nunmehr unterzeichnete Protokoll die Zahlungsmodalitäten. Es gibt gleichzeitig der Reparationskommission Vollmacht betreffs der Ausgabe und der Verzinsung der Obligationen Deutschlands.

Es ermächtigt sie weiter, von Deutschland zu verlangen, daß es einzelne seiner Einkünfte und Hilfsquellen für diese Verpflichtungen zurückstellt, und ermächtigt sie, einen Garantieauschuh zu bilden, um deren Verwendung zu überwachen, die Zahlungsstermine und Zahlungsarten der für diese Obligationen oder für andere mit der deutschen Schuld in Verbindung stehende Zahlungen festzusetzen. Die deutsche Regierung wird dazu zu verwenden haben:

1. Die Zolleinnahmen, die Abgaben zu Wasser und zu Lande, besonders alle Auflagen auf die Einfuhr und Ausfuhr;
2. das Ergebnis der Lage von 25 Prozent auf den Wert jeder Ausfuhr mit Ausnahme der Ausfuhr, auf die eine Abgabe von 25 Proz. nach der Gesetzgebung irgend einer der alliierten Mächte erhoben wird.

3. Die Einnahme aus jeder direkten oder indirekten Abgabe oder aus einer anderen Zahlungsart, welche die deutsche Regierung vorschlagen und der Garantieauschuh annehmen wird, um die beiden vorerwähnten Zahlungsarten zu vervollständigen oder zu ersetzen. Der Garantieauschuh ist nicht ermächtigt, in die deutsche Industrie einzugreifen.

Ferner wird § 19 Anlage 2 wie folgt vervollständigt: Deutschland wird Rohstoffe und Arbeitskräfte sammeln, die jede der alliierten Mächte von ihm nach Genehmigung der Reparationskommission zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete oder zur Verbesserung oder Entwicklung ihrer wirtschaftlichen und industriellen Lage verlangen kann. Der Wert dieser Rohstoffe und der Arbeitskräfte wird von einem deutschen Sachverständigen in Verbindung mit einem Sachverständigen der betreffenden Macht festgelegt, im Streitfalle durch einen von der Reparationskommission ernannten Schiedsrichter.

Die Reparationskommission nahm ihrerseits eine umfangreiche Denkschrift an, in welcher die Zahlungsmodalitäten der deutschen Schuld festgelegt sind. Dieses Dokument wird der Kriegskostenkommission heute abend 10 Uhr übermittelt und morgen veröffentlicht.

Lloyd George über das Ultimatum

Gestern wurde der Wortlaut des schon vor einigen Tagen dem Inhalt nach bekannt gewordenen Ultimatus veröffentlicht. Nunmehr liegen dazu auch einige Erläuterungen vor, die Lloyd George dem Unterhaus gab. Unter anderem erklärte er folgendes: London, 6. Mai. Lloyd George sprach im Unterhaus über die Reparationsfrage und die Londoner Konferenz. Er erklärte dabei unter anderem: Der erste wichtige Faktor unweifelhafter Verzäumnis von Seiten Deutschlands sei die Entwertung. Es müßten noch immer 500 bis 600 Geschosse ausgeliefert werden. Es seien noch immer viel zu viele Maschinengewehre und Gewehre nicht ausgeliefert, und außerdem sei eine beunruhigende Tatsache das Befahren unregelmäßiger militärischer Organisationen in Deutschland, die zusammengekommen der Korn des fürchterlichen Heeres werden könnten.

Der Reichstag hat jetzt einfach die Pflicht zu handeln, so oder so. Er hat eine Regierung zu bilden, die eine Mehrheit hinter sich hat und die bereit ist, irgend einen Entschluß zu verantworten. Erst die Tatsachen schaffen wollen, um dann erst die Regierung zusammenzustellen, das ist eine beschämende Felsbrücke und eine erneute Bankrotterklärung des Parlamentarismus.

Aber wir wissen sehr wohl, wo die Angst der bürgerlichen Parteien ihren Grund hat. Sie haben dem Volk Himmel und Erde versprochen und können nichts davon halten. Sie wagen nicht die Folgen auf sich zu nehmen für einen zweiten Zusammenbruch bürgerlicher Politik. Das Volk würde dann zu hellsehend werden; es müßte sich notgedrungen abwenden von der nationalistischen Phrasen und es würde einsehen, daß nur sozialistische Einsicht und Völkerveröhnung die Not der Welt lindern werden. Aber alle taktischen Winkelzüge der Stresemann und Genossen werden den Siegeszug dieses Gedankens nicht aufhalten!

In dem Protokoll, das dem Friedensvertrag angefügt sei, und das ein wichtigeres Dokument sei, als allgemein voll gewürdigt werde, wird Deutschland aufgefordert, ein Angebot vor Bildung der gelamten an Deutschland gestellten Forderungen zu machen. Es sei ganz klar, daß, wenn das Angebot billig und verständlich gewesen wäre, obwohl es vielleicht nicht an die Grenze herangetrieben hätte, es beherzigtlicher Weise für die Alliierten besser gewesen wäre, dieses Angebot anzunehmen, als eine höhere Summe als Ergebnis eines Zwanges zu erreichen. Dies sei Deutschlands Gelegenheit gewesen, die ihm endgültig und vorläufig in dem Schreife gegeben worden sei, das dem Vertrage angefügt wurde. Deutschland habe dazu

vier Monate Zeit erhalten. Es habe nie einen darauf bezüglichen Schritt unternommen. Die Alliierten hätten die Zeit ausgedehnt, dann Deutschlands Aufmerksamkeit darauf gelenkt und es eingeladen, ein Angebot zu machen. Deutschland habe nur sehr langsam Schritte getan, und als das Angebot erfolgte, sei es so augenscheinlich ungenügend gewesen, daß es eine frische Herausforderung des Friedensvertrages bedeutete. Da alle Bemühungen — und es seien viele gewesen: Boulogne, Spa, Brüssel und London — Deutschland zu veranlassen, ein bona fide-Angebot zu unterbreiten, erfolglos geblieben seien, so blieb nichts übrig als die Bedingungen des Friedensvertrages in Tatkraft treten zu lassen, und die Reparationskommission habe ihre Entscheidung gefaßt.

Lloyd George verbreitete sich dann eingehend über die neuen finanziellen Bedingungen der Alliierten und sagte u. a., in dem neuen Plan werde die jährliche Verbindlichkeit Deutschlands sich nach seiner Fähigkeit, sie zu erfüllen, richten. Lloyd George erläuterte eingehend die verschiedenen Serien von Obligationen, deren Ausgabe geplant sei, und die Frage ihrer Verzinsung sowie die Methoden für ihre Bezahlung.

Lloyd George führte ferner aus, für Deutschland bestesse die praktische Schwierigkeit, außerhalb seiner Grenzen eine Schuld zu besorgen, die es anderen Ländern schulde. Die erste Zahlung von 50 Millionen Pfund Sterling werde innerhalb von 25 Tagen

erfolgen. Für Bezahlung in Waren kämen in Betracht Kohlen, Anilinfarben, Holz und Materialien zu Reparations- und Aufbaumzwecken in Frankreich. Er sei sehr froh, wenn man übereingekommen sei. Es sei möglich, daß bis zu einem gewissen Maße auch Arbeitskräfte gestellt werden. Diese Frage erzeuge jedoch außerordentliche Schwierigkeiten, da es auch in Frankreich ebenso wie in England Gewerkschaften gebe. Der Prozeß des Wiederaufbaues Frankreichs werde vielleicht 5—10 Jahre beanspruchen.

Sierauf befahte sich der Premierminister mit der geplanten 25prozentigen Steuer auf die deutsche Ausfuhr deren Ertrag vollkommen von der Wiederherstellung des deutschen Außenhandels abhängig. Vor dem Kriege habe dieser über 500 Millionen Pfund Sterling betragen, während er augenblicklich auf etwa 100 Millionen Pfund sich belaufen würde. 25 Prozent auf dieser Grundlage stellen 250 Millionen Pfund Sterling dar. Eine besondere Kommission wird ernannt werden, die ihren Sitz in Berlin haben und die Einammlung dieser Steuer beaufsichtigen würde.

Die deutschen Sachverständigen in Brüssel seien der Ansicht gewesen, daß Deutschland jährlich 150 Millionen zahlen könne, das komme ungefähr den Beträgen gleich, die für die ersten zwei oder drei Jahre verfügbar sein würden. Wenn die Volkshandlung Deutschlands sich entwickle, so würden sicherlich weit höhere Beträge für diesen Zweck zur Verfügung stehen und der Vorteil des Planes der Alliierten sei, daß sie in einer Gold gleichkommenden Währung zur Verfügung sein würden.

Lloyd George erklärte unter Weisfall, er glaube nicht, daß die Alliierten Unbilliges von Deutschland verlangten. Deutschland habe einen Vorteil durch die Entwertung seiner Mark bei der Verminderung seiner nationalen Schuld, die leichter sei als die in England. Die Alliierten hätten drei Fragen erhoben: die Beträge, die gerechterweise von Deutschland erhoben werden könnten, die Methode der Bezahlung und die Garantien für die Bezahlung. Die Alliierten hätten diese Fragen sorgfältig und gewissenhaft erwogen mit dem ernstlichen Wunsche, nichts aufzu-

legen, was hart und unbillig sei. Der Premierminister erklärte ihm sei eher daran gelegen, mit Deutschland und seinen Führern fair zu verfahren, deren Aufgabe keineswegs leicht sei. Denn, so sagte Lloyd George, ebenso wie wir müssen auch sie in Deutschland mit der öffentlichen Meinung rechnen, und die deutschen Staatsmänner müssen nachher mit der Erklärung vor ihr Land treten: „Wir haben Verpflichtungen übernommen, die Euch eine gigantische Last auferlegen.“ Ist jeder Staatsmann sei es schwer, seinem Volke solches zu sagen.

Die Sanktionsdrohungen bleiben.

Paris, 6. Mai. Briand, der gestern Abend nach Paris zurückgekehrt ist, empfing am Quai d'Orsay eine große Zahl Journalisten, denen er u. a. erklärte: Wenn Deutschland bis zum 13. Mai die in London festgelegten Bedingungen angenommen hat, werden die Sanktionen aufgehoben. Wenn aber späterhin nach einer kürzeren oder längeren Zeit irgendeine Verfehlung konstatiert werde, so treten die Sanktionen automatisch in Kraft und die um das Ruhrgebiet angesammelten Streitkräfte treten in Wirksamkeit. Diese Streitkräfte werden nicht aufgelöst werden, wenn Deutschland am 13. Mai ja sagt, Deutschland müsse erst die Bedingungen, die es annehmen werde, ausführen.

Polen herrscht in Oberschlesien.

Die Lage ist äußerst ernst.

Nach einer Breslauer Meldung der „Vossischen Zeitung“ berichtete man gestern Abend an amtlicher Stelle den Anmarsch Korfants mit 90 000 bis 100 000 gut ausgerüsteter und über große militärische Hilfsmittel verfügender polnischer Truppen. Infolgedessen ist es nicht verwunderlich, wenn die von Ratibor aus gegen Rybnik entwickelte italienische Aktion unmittelbar hinter der Rybniker Kreisgrenze stecken blieb und daß die Franzosen die Kreise Kreuzburg, Rosenburg und Lubowitz geräumt haben. In Kreuzburg und Rosenburg sind nach der Räumung die polnischen Mitglieder der Abstimmungspolizei von den Deutschen verhaftet worden. Der Kreis Tarnowitz wird durch seine englische Besatzung einigermaßen gehalten. Italienische Truppen hatten in einem Gefecht bei Nicolai 2 Offiziere und 35 Mann tot und 49 verwundet. Auch die Franzosen haben verschiedene Verluste.

Die Lage.

Oppeln, 6. Mai. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten aus dem Industriegebiet ist die Lage im allgemeinen unverändert. Ueberall stehen die Franzosen Gewehr bei Fuß, wo sie nicht gewaltsam von den bedrängten Deutschen zum Einschreiten gezwungen werden. In Hindenburg ist nur der Bahnhof und das Postgebäude in den Händen der Deutschen, alles übrige in den Händen der Polen. In Ratibowitz wurden polnische Posten, die am Ausgang der Stadt stehen, französische Doppelposten entgegengestellt, die aber ruhig dabei stehen, ohne weiter vorzugehen. Die Berichte aus den Kreisen Wiesz und Rybnik lauten ebenfalls dahin, daß die Lage gegen gestern nicht viel verändert ist. Anders sieht es dagegen im Westen des Abstimmungsgebietes aus. Hier ist eine nationale Begeisterung festzustellen, die darauf hinausläuft, den bedrängten Deutschen im gefährlichen Industriegebiet zu Hilfe zu kommen, soweit irgend möglich.

Am heutigen Vormittag weilten sechs Vertreter der politischen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens bei der Interalliierten Kommission und stellten ihr den Antrag, 1. eine Amnestie sofort zu erlassen, 2. die Haftbedingungen für die Einzelnen nach Oberschlesien für die nächste Zeit außer Kraft zu setzen, 3. das System der polnischen Weiräte für die nächste Zeit aufzuheben, so lange wenigstens, bis die Ruhe und Ordnung nicht wieder hergestellt sind. Eine Antwort auf diesen Antrag ist noch nicht erteilt worden. Der Zustrom der Freiwilligen für die um 3000 Mann zu verstärkende Apo ist außerordentlich stark. Die Kommission hat auch die Einreiseerlaubnis für 700 Freiwillige aus dem unbefetzten Gebiet genehmigt. Unter diesen Freiwilligen befindet sich eine große Anzahl Breslauer Studenten. Die polnische Apo in Oppeln wurde von den Deutschen entwaffnet und in Haft genommen.

Aufruf der Alliiertenkommission zur Bewaffnung.

Oppeln, 5. Mai. Nach den bis zum Abend vorliegenden Meldungen ist das Gesamtgebiet Oberschlesiens, das von der sogenannten „Korfanty-Linie“ begrenzt wird, vom polnischen Aufstand ergriffen. Die genannte Linie folgt dem Laufe der Ober bis Klein-Schmied, fällt dann mit der Westgrenze des Kreises Groß-Strehlitz zusammen, durchschneidet den Kreis Rosenburg in der Gegend von Zembowitz und endet nördlich von Boganzowitz an der polnischen Grenze. Aber auch über diese Linie hinaus breitet sich in den Kreisen Ratibor, Cosel und Rosenburg der polnische Aufruhr noch aus. Die Aufständischen benutzen den heutigen Tag vor allem, um ihre Organisation auszubauen und sich durch Unter-

Bayerischer Kongress für Wohnungswesen.

München, 6. Mai. Am 7. und 8. Mai tagt in München der Bayerische Landesverein für Förderung des Wohnungswesens, dessen Verhandlungen sich vor allem mit der Landwirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens und mit der Frage beschäftigen wird, ob die Förderung des Wohnungswesens durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln beizubehalten ist oder ob das Bauen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten sich vollziehen soll. Auch die Frage der Mietpreisgestaltung wird die Tagung beschäftigen.

Der bayerische Städtebund gegen die Aufhebung der Milchzwangswirtschaft.

München, 6. Mai. Wenn auch in Bayern die Milchzwangswirtschaft vorläufig bestehen bleibt, so hat sich die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtebundes doch veranlaßt gesehen, scharfen Protest gegen die in Berlin erfolgte unvermittelte Aufhebung der Zwangswirtschaft zu erheben.

Auch für Frankreich steht alles auf dem Spiel.

II. Rotterdam, 7. Mai. Der Spezialmitarbeiter des N. R. C., der die Unterhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten besonders studiert hat, setzt auseinander, daß Frankreich mit seiner Politik auf einem gefährlichen Pfad gehe. Das weiß Briand wohl und darum sucht er überall nach einem Ausweg. An dem Tage, an dem Marshall Foch in die deutsche Hauptstadt einzieht, würden ungeheure Summen ausgegeben sein, ohne daß ein entsprechender Betrag zu erwarten wäre. Die französische Industrie habe im Augenblick andere Forderungen als die Militärpartei. Sie wolle Abzug in Deutschland, bestimmte gutwillige Warenlieferungen aus Deutschland, Zusammenarbeit mit der deutschen Stahlindustrie und dann vor allem Geld.

Das englische Zureden.

II. London, 7. Mai. „Daily Chronicle“ erklärt, daß man in dem neuen Plan verschiedenen von den Deutschen geäußerten Beschwerden Rechnung getragen habe. Unter anderem bestimme man jetzt nicht mehr auf Teilnahme der Alliierten an finanziellen und industriellen Unternehmungen.

Stützungen an Menschen und Material von Polen her zu verstärken. Bei Mieraba, Wisla (Kreis Tarnowitz) sind Nachschübe über die polnische Grenze einwandfrei festgestellt. Korfanty ließ in den Landgemeinden überall Aufrufe verbreiten, in denen er sich als „Präsident von Schlesien“ bezeichnet. In den meisten Orten sind die deutschgeheimten Gemeindevorsteher und Kommunalbeamten ihrer Posten entsetzt und durch ausländische ersetzt. In Radzionkau ist von den Aufständischen ein Konzentrationslager eingerichtet. In vielen Orten versuchen die Aufständischen mit den Instanzen der interalliierten Kommission zu verhandeln. Der Zentralverband der Angestellten in Hindenburg hat an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln ein Telegramm gerichtet, in dem auf die Lebensmittelknappheit und die Gefahr der bevorstehenden Plünderungen hingewiesen wird. Eine herrschende Lebensmittelknappheit wird erneut aus allen Städten Oberschlesiens gemeldet; insbesondere macht sich ein großer Milchmangel bemerkbar. Weiter besteht sehr groß die dringende Gefahr, daß in aller nächster Zeit die Notstandsarbeiten auf den Gruben nicht mehr verrichtet werden können.

In Oppeln wird folgender Aufruf verbreitet: Die interalliierte Kommission beschloß, 3000 Deutsche, möglichst Oberschlesier, in die Apo einzustellen. „Jeder junge Deutsche melde sich nachmittags um 2 Uhr im Gymnasium, Zimmer 6. Vor allem sollen sich ehemalige Offiziere, Beamte usw. melden. Militärpapiere sind mitzubringen, möglichst auch Wäsche und Stiefel. Als Erkennungszeichen ist der deutsche Orden mitzubringen. Es geht um die Heimat!“

Aus Breslau wird gemeldet: Korfanty hat sich gestern zum Zivil- und Militärgouverneur in Oberschlesien ausgerufen.

Auch Mittelschlesien bedroht.

II. Breslau, 7. Mai. Auch die linke Oberseite ist in Gefahr. Es wird bereits um die Uebergänge über die Oder gekämpft. Die Ententetruppen vermögen nicht mehr Herr der Situation zu werden.

Die Oberbrücke bei Olzau gesprengt.

II. Breslau, 7. Mai. Zwischen Loslau und Annaberg dicht bei Olzau ist die Oberbrücke gesprengt worden. Die Polen erhalten fortwährend Nachschübe von Munition, Minenwerfern und Geschützen aus Polen. In Ruptau haben große Plünderungen stattgefunden. Die in Loslau entwaffneten deutschen Apo-beamten wurden verschleppt.

Präsident Korfanty.

Breslau, 6. Mai. Der polnische Zivilgouverneur Korfanty erklärt in einer an die Ministerpräsidenten der Westmächte gerichteten Note, daß er alles getan habe, um den Aufstand zu verhüten. (!) Er weile zur Berichterstattung über den Generalstreik in Warschau. Welche Vereinbarungen er dort traf, läßt sich nicht feststellen.

Breslau, 6. Mai. Korfanty hat in einer an die Westmächte gerichteten Note um sofortige Festlegung einer Demarkationslinie gebeten.

Bisher kein Eingreifen der Reichswehr in Oberschlesien.

II. Breslau, 7. Mai. Bisher kämpfen in Oberschlesien deutsche Selbstschutzwehren nur dort, wo sie mit Erlaubnis der Kreiskontrolleure bewilligt worden sind. Der Funkpruch aus Sosnowice an alle, der bereits von einem Eingreifen der Reichswehr usw. berichtet, ist vollkommen erfunden.

Der Ententekredit an Oesterreich.

II. Wien, 6. Mai. Der Finanzplan der österreichischen Regierung wird am Sonntag veröffentlicht werden. Wie verlautet, beläuft sich der Ententekredit an Oesterreich auf 500 Millionen französische Franken, für welche die Republik eine ganze Reihe von Sicherheiten, darunter eine prozentige Kautionshypothek auf alle privaten Liegenschaften gewähren muß. Das ungedeckte Erfordernis des Staatshaushalts im Jahre 1921 wird mit beiläufig 17 Milliarden angegeben, welche im Wege einer inneren Anleihe gedeckt werden sollen. U. a. sollen auch die Rauchwaren, Zigaretten, Zigarren und Tabak um 100 Proz., ebenso die Personentaxen auf der Eisenbahn um 100 Proz. erhöht werden. Weiter werden alle Gebühren bei der Post, im Telegraphen- und Telephonverkehr sowie das Bier, der Wein usw. bedeutend versteuert werden.

Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsabkommens.

II. Berlin, 7. Mai. „Zeit. Post. Ztg.“ ist das deutsch-russische Handelsabkommen gestern vormittags in Berlin unterzeichnet worden.

Freistaat Lübeck.

Sonntabend, 7. Mai.

Zur Abgabe der Steuererklärungen.

Zu dem Artikel „Forsfall der Steuererklärung bei Jahres-einkommen von unter 10 000 Mark“ in der Freitagnummer unserer Zeitung schreibt uns das Finanzamt: Der genannte Artikel ist unzutreffend, erstens ist die Grenze für Abgabe einer Einkommensteuererklärung für den Bezirk Lübeck auf 8000 Mark festgelegt, zweitens müssen sämtliche Steuerpflichtige ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens im Kalenderjahr 1920 die ihnen vom Finanzamt zugestellte Steuererklärung bis zum 15. d. Mts. ausgefüllt zurückreichen.

Zu dieser Richtigstellung des Finanzamtes bemerken wir noch: Die betr. Notiz ist durch die große Presse gegangen und sie wird heute wie folgt kommentiert: Für die Veranlagung und die entsprechende Festsetzung der Steuerleistungen genügt die Kenntnis des Einkommens nicht. Denn erstens sind die Einkommensempfänger unter 10 000 Mk. meistens solche Personen, die jetzt auf Grund des Lohnabzuges mehr an Steuern gezahlt haben, als sie nach den Bestimmungen verpflichtet sind. Meistens sie keine Steuererklärung ein, so gehen ihnen die zuviel gezahlten Beträge verloren. Und 2., für die Festsetzung der Steuerleistungen braucht die Finanzbehörde nicht nur die Kenntnis des Einkommens, sondern auch die Angabe der gesetzlich zugelassenen Abzüge. Diese sind aber nur durch die Steuererklärung des Steuerpflichtigen zu erhalten. Und 3. kommt gerade für die Einkommensempfänger mit weniger als 10 000 Mark in sehr vielen Fällen die Anwendung des Mitberungsparagrafen 28 des Einkommensteuergesetzes in Betracht.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Mai 1921 40 821 Mitglieder gegen 37 446 im Jahre 1920. Auf Männer entfielen davon 24 478 (1920 24 086), auf Frauen 16 348 (1920 13 361). Arbeitsunfähig krank waren am letzten April 563 (424) Männer und 713 (569) Frauen. Ausweisung für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im April 3841 (3261) erteilt. Sterbefälle wurden im April für Mitglieder in 17 Fällen, für Angehörige in 21 Fällen gezahlt. Ueberreitungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die schuldigen Verhaftungsvorschriften waren in 80 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Wehrfähige, gebürtige Oberschlesier werden von der Zentralstelle heimattreuer Oberschlesier in Breslau aufgefordert, sich schnellstens bei der Interalliierten Kommission in Oppeln zu melden. Nähere Auskunft erteilt Hauptpolizeimeister Postel.

Der Sonderzugverkehr an Pfingsten wird von der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft um Interimsteil der heutigen Nummer bekanntgegeben, worauf wir besonders hinweisen.

Ueber die Ziele und Aufgaben des Stadttheaters wurde am Mittwoch in einer Sitzung der Theaterbehörde von der Stadttheaterdirektion Mitteilung gemacht. Da die Kammerspiele beibehalten werden sollen, werden die Schauspielkräfte vermehrt werden müssen. Die Oper wird mit großen Werken aufwarten, weshalb das Orchester wie bisher 52 Mann stark bleiben soll. 39 Mann stark bleibt das Orchester nur im Sommer. Es bleibt aber auch in dieser Zeit verstärkungsfähig. Der Chor wird hauptsächlich durch Einziehung jüngerer Kräfte aufgeführt werden. An Aufführungen sind u. a. vorgesehen: Schauspiele: Gök von Werlängen, Iphigenie, Wallensteins Lager, Niccolotti, Wallensteins Tod, Maria Magdalena, Agnes Bernauer, Herodes und Marianne, Braut von Messina, Tell, Macbeth, Glucksoper (Strindberg), Brand, Peer Gynt, Wenn wir Toten erwachen, Verjüngene Glocke, Und Hippa tanzt, Nach Damastus I. Nach Damastus II und III, Faust von Goethe, Postamt, Der König der dunklen Kammer, Ljiljizata, Wenn der junge Wein blüht, Sunbury, Liebhaber (Sham), Cäsar und Cleopatra, Was Ihr wollt, Eulenberg, Prinz Louis Ferdinand, Luther, Marquis v. Keith, — Oper: Rienzi, Holländer, Lohengrin, Tannhäuser, Rheingold, Walküre, Siegfried, Götterdämmerung, Meistersinger, Tristan und Isolde, Fidelio, Figaro, Don Juan, Zauberflöte, Molooh, Undine von L. Hoffmann, Rosenkavalier, Beatrice und Benedict, Zar und Zimmermann, Maskenball, Hans Heiling, Carmen, Ernani, Vampir, Dämon, Keugetierge Frauen (Wolf Ferrari), Corregidor, Rigoletto, Liebestrank, Hoffmann, Tefelnd, Falstaff, Wilderpfänigen Räumung, Die tote Stadt, Preziosa, Freischütz, Stumme von Portici, Die Abreise v. d'Alber, Salamanz Geheimnis. — Operetten: Postmeisterin, Die helle Maier. — In den Kammerspielen sind vorgesehen: Säger, Satire und Ironie von Grabbe, Kuhhandel von Effig, Heirat von Gogol, Nachtbeleuchtung von Gock, Motor von Fischer, Tobias Buntschuh von Karl Hauptmann, Der Sohn von Hassencloder, ferner Werke von Rud. Hansjun. — Bei Neuaufführungen in der Oper sollen einführende Vorträge gehalten werden, die sich auch auf zusammenfassende Uebersichten über eine größere Diatereiche erstrecken. Auch auf dem Theaterzettel sollen kurze Einführungen verzeichnet werden. — Im Anschluß hieran sei auf eine Bemerkung eingegangen, die seitens des Vorstandes des Vereins der Musikfreunde in der letzten Versammlung gefallen ist. Es wird darin Beschwerde geführt, daß der Verein auf ein Schreiben an die Theaterbehörde, in dem Mitteilung von der Nichtengagement des Orchesters durch den Verein gemacht wurde, keine Antwort eingegangen sei. Es wurde in jener Versammlung aber vergessen hinzuzufügen, daß daraufhin die Theaterbehörde eine Skizze anvertraute, in der auf dem Schritt des Vereins der Musikfreunde Stellung genommen werden sollte. Trotz Einladung war kein Vertreter des Vereins erschienen. Erst am nächsten Tag ging der Theaterbehörde ein Schreiben des Vereins zu, in dem gesagt wurde, die Teilnahme an dieser Sitzung hätte keinen Wert, Einmal wäre der Vorsitzende und dessen Vertreter verhindert, und dann sei der Entschluß, von dem Engagement des Orchesters Abstand zu nehmen, unabänderlich. Daraufhin bestand bei der Theaterbehörde keine Veranlassung mehr, nun noch ein besonderes Schreiben an den Verein zu richten.

Die 28. ordentliche Hauptversammlung des Vereinsbundes deutscher Zahnärzte tagte hier in Lübeck. Am Donnerstag begrüßte Herr Dr. Hegewisch die zahlreichen Gäste in der „Schiffergesellschaft“ und am Freitag begannen die Verhandlungen im „Stadt-Saalbau“. Der Senat und das Gesundheitsamt hatte Vertreter entsandt. Die Verhandlung begann mit der Besprechung einer neuen Studienordnung, die Prof. Dr. Dieck-Berlin, Vorsitzender der Dozentenvereinigung, durch einen ausführlichen Bericht einleitete. Nach eingehender Beratung wurde der Vorstand mit der weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit der Dozentenvereinigung beauftragt. Es folgte die Besprechung der Verlosung der Krankenkassen mit zahnärztlicher Hilfe und der Beschlüssen der approbierten Zahnärzte zu den Zahnärzten. Die weitere Verhandlung betraf interne Angelegenheiten des Verbandes.

Ausstellung über den Friedensvertrag. Man schreibt uns: In der Katharinenkirche wird vom 8. bis zum 28. Mai durch das Handelsmuseum eine Ausstellung über die Wirkungen des Versailler Friedensvertrages veranstaltet, die in eindrucksvoller Weise unserem Volke zeigen soll, wie verheerend diese Wirkungen sein müssen, wenn der Vertrag zur Ausführung kommt. Die Ausstellung ist werktäglich von 10-1 Uhr und von 4-7 Uhr, Sonntags von 11-4 Uhr geöffnet. An Werktagen findet um 12 Uhr und um 6 Uhr, am Sonntag um 1 Uhr je eine Führung statt. Da die nötigen Mittel durch Spenden aufgebracht sind, ist der Eintritt frei und in jedermann die Möglichkeit gegeben, sich über die wichtige Frage unserer Zeit und unserer Zukunft Klarheit zu verschaffen.

Wissen Sie schon?

Von nachmittags 3 Uhr an erhält man auf den Kopf der Brotkarte von heute bis zum 13. d. Mts. in sämtlichen Verkaufsstellen der

Dampfbäckerei Hanfa
J. C. D. Junge & Co.

Frische weiße Semmel

10 Stück für 3 Mark

oder auch nach Wahl ein weißes Weizenbrot
(500 Gramm 3 Mark)
oder 400 Gramm reines weißes Mehl
(für 3 Mark)

1618

Badeanstalten Gröbenitz u. Zellendamm

Dienstag, Eröffnung.
den 10. Mai

Die Pächter: **Prahl und Engelhardt.**

Auktion über Fundsachen
auf dem Frachtgüterwagen der L.-B. Eisenbahn.

Montag, d. 9. d. Mts., morgens 9 Uhr, über die in den verschiedenen Lübecker Eisenbahnen liegenden geliehenen Gegenstände, wie Schirme, Spazierstöcke, Handtaschen, Koffer, Brillen, Kneifer, 1 fast neue Double-Umband-Damenuhr, Operngläser, Grammophon mit etwa 40 Platten u. a. m.

H. E. Koch, Kirchenstraße 3a, Beeidigter Auktionator und Taxator für bewegliche Gegenstände.

Auktionslokalitäten und Kontor: Marlesgrube 9 und 11.

Täglich frisch geräucherter

Aal

Paul Lohrmann,
Sunderstr. 95. 1644

Das Fundament des Hauslandes ist das **Schlafzimmer**. Wählen Sie es gut u. preiswert. Bei mir finden Sie das Richtige! **Möbelhaus Heine,** Depenau 8.

(1666)

Ad. Hübner Uhrmacher
Fünftausen 13
Uhren- u. Goldwarenholg.
u. Reparaturwerkstatt (1601)

Unabhängige Sozialdem. Partei Deutschlands.

Montag, den 9. Mai 1921, abends 8 Uhr, spricht **Fr. Hansen,** Kiel, im **Gewerkschaftshaus** über: Die internationale, wirtschaftliche, finanzielle und politische Lage und die Aufgaben des schaffenden Volkes.

Volks-Versammlung

Die Wortführer aller Parteien sind besonders eingeladen. Zur Deckung der Unkosten werden 30 Bq. erhoben. (1631)

Metallbetten. Stahlbrachmatraz., Kinderbett, Polstr. a. Federmet. Mat. fr. Eisenmöb.-Fabr. Suhl i. Th.

Färbe zu Hause

Kleider, Blusen, Tücher, Bänder, Strümpfe, Garne, Gardinen, Spitzen u. sw.

Heitmann's Farben

Bestbewährt Größte Auswahl

Andere Farben zurückweisen

Alleinige Fabrikanten: **Gebr. Heitmann, Köln & Riga**

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften. Vertretung u. Lager: **E. R. Schultz, Lübeck,** Engelsgrube 24. (1608)

Elegante u. Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer, Kleitmöbel u. Kücheneinrichtungen, Spezialität Korbmöbel Solide Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.

Möbelhaus de Buhr
Lübeck, Fischenstraße 21. (1607) Teleph. 3278. 2368.

Nach einige Exemplare der diesjährigen

Waislauf-Zeitung vorrätig.

Preis Mark 1,00.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Arztl. Sonntagsdienst 1608
Dr. Schwarzweiller, Britz 18
Arzt Häpfer, Sophienstr. 17
Dr. Rosenewald, Lindenpl. 2.

Asthma kann geheilt werden. Sprechstunden in Lübeck, Lindenstraße 3 a (Wenken Helms) jeden Freitag von 10-11 Uhr.
Dr. med. Alberts, Spezialarzt Berlin S. 11.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei **Fr. Meyer & Co.** Javanaisstraße 46.

Dr. Broekmann verweist am 10. Mai.

Ich bin's!
WABIN
Ida beim Kaufmann: ... und nun schnell von dem famosen Bohnerwachs „Wabin“ zwei (1600) Dosen!
Gen.-Dep.: **Binder & Barthel**

Zentralhallen Morgen Sonntag: (1660)

Gr. Tanzkränzchen.

Neu-Lauerhof. Jeden Sonntag 5 Uhr: Tanzkränzchen. Es ladet freundlichst ein (1610) **Joh. Ritter.**

Luisenlust. Morgen: Eintritt u. Tanzkränzchen. (1593) **frei.**

Kurhaus Israelsdorf vorm. Kaffeehaus Wendt.

Morgen Sonntag: Vornehmes

TANZKRÄNZCHEN unter Mitwirkung der preisgekrönten Tänzer **K. Langer** und Partnerin aus Hamburg. Dezentere Musik. (1657)

Küche und Keller liefern das Beste. **Rud. Jäde.** Tel. 8622.

Jeden Sonntag und Donnerstag: (1615)

Adlershorst. Ball

Zur Vervollständigung

von Wohnungseinrichtungen empfehlen wir sämtliche **Einzel- und Kleitmöbeln** zu billigsten Tagespreisen.

Echte Eichen-Speisezimmer circa 50 verschiedene Formen komplett 2800.- M. bis 15 000.- M.

Echte Eichen-Herrenzimmer komplett 4200.- M. bis 18 000.- M.

Klubgarnitur mit Sobeln oder echtem Leder in großer Auswahl. (1658)

Kompl. lackierte und echte Schlafzimmer von 1650.- M. bis 12 500.- M.

Wir empfehlen jedem Möbelkäufer, sich von unserer großen Auswahl und Preisen zu überzeugen. Beschäftigung ohne Kaufzwang.

H. E. Koch Möbelhäuser
Inh. **Carl Peters u. Rudolf Neels.**
Marlesgrube 45-40. Fernruf 1050.

A rbeitsbau genossen-

schaft Lübeck
eingetr. Genossensch. m. b. S.
Bezirksversammlung in Lübeck
am Sonntag, d. 8. Mai, morgens 9 1/2 Uhr, bei Faass, „Stadt Lübeck“, Erscheinen aller Genossen ist erwünscht. (1639) **Der Vorstand.**

Konzerthaus Lübeck.
Jeden Sonntag: **Ball.**
Für Sommer-Feste ist der gänzl. renovierte Garten mit neuem Inventar noch einige Tage frei. (1608) **Heinz Cyriacks.**

„Lindenhof“ in Israelsdorf.
Morgen Sonntag: **Vornehme Ballmusik.**
Sonnab. 8 Uhr. 3. d. Veranden freier Zutritt. Telephon 1810. (1604) **Viktor Klompau.**

Friedrich Franz-Halle.
Jeden Sonntag: (1605)

Tanz. Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Flora Sonntag: **TANZ** Eintritt frei. (1615)

Kolosseum. Dienstag, den 16. Mai, 8 Uhr. 1650

auf vielseitigen Wunsch einmalige Wiederholung der mit so großem Jubel aufgenommenen Vorstellung

Die Erbtante Breite: 8, 6, 5,50, 4,50 M. Vorverkauf: **Fr. Nagel,** am Markt, H. Busse, Breite Str.

Hansa-Theater Heute sowie tägl. 8 Uhr: Das glänzende **Varietéprogramm** 9 1/2: Die (1632)

Weltmeister Große internationale Ringkampfkonkurrenz.

Heute Sonnabend ringen: **Bahn-Samson** gegen **Westergaard-Schmidt** Oesterreich geg. **Romanoff** Lettow gegen **Stromski** Wildmann gegen **Bankert** Morgen Sonntag ringen: **Bahn-Samson** gegen **Westergaard-Schmidt** Oesterreich geg. **Romanoff** Lettow gegen **Stromski** Wildmann gegen **Bankert** Großer Entscheidungskampf: **Scharuchin** gegen **Lettow**.

Stadttheater Lübeck. Sonnabend. 8 1/2. A u. 19. Vorst. im Opern-Ab. Gänzlich von Herrn **Laurenz** Hofst. Hannover, als Gitt. Der Schatzgräber. 7.00.

Sonntag, 9. Fremdenvorstellung. **Der Wildschütz.** 2.10.

Die Scheidungsreise. 7.30. Hierauf das Ballett „Cypelia“.

Montag, d. 9. Mai Volks-tümliches Konzert. 7.30.

Dienstag. Buchst. A u. 19. Vorstell. im Schauspiel. 7.30. (1623)

Kammerspiele. Günshäulen. Sonnabend und Sonntag: **Süßen.** 7.30.

Von deutscher Kunst und Religion.

6 Vorträge des Direktors **Prof. Dr. Georg Rosenthal** im Dom.

Beginn: Dienstag, den 24. Mai. Karten (die ganze Folge 6 M.) in **Quitrows** Buchhandlung, beim Domkloster und beim **Kustus** des Katharineums. (1620)

Deutschlands Vergewaltigung durch den Friedensvertrag von Versailles

in zahlreichen Bildern, Karten und Plänen dargestellt **Katharinenkirche.**

Geöffnet: Werktags von 10-11 Uhr und 4-7 Uhr. Sonntags von 11-4 Uhr.

Führungen: Um 12 und 6 Uhr. Sonn- und Feiertags um 12 Uhr. **Eintritt frei.** (1613)

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr **Heinrich Ohde.** (1648)

Konzerthaus Lübeck. Sonntag: (1689) **Gr. BALL** Anfang 5 Uhr.

Heute letztes Auftreten **Olga Desmond** Anfang 8.30 Uhr. (1659)

Bürgerliche Reaktionsregierung in Preußen!

Die Sozialdemokratie ist in Preußen aus der Regierung ausgeschlossen. Das neue preussische Kabinett, formell zusammengesetzt aus Zentrumsleuten und Demokraten, regiert tatsächlich mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei und ist von diesen ausgesprochensten Vertretern der Reaktion völlig abhängig.

Die neue preussische Regierung ruht auf dem einen großen Reaktionsblock aller bürgerlichen Parteien. Feindlich steht ihr gegenüber die gesamte sozialistische Arbeiterklasse. — Die Sozialdemokratie ist nicht leichter Herz und nicht leichtfertig aus der preussischen Regierung herausgegangen. Der Bildung der bürgerlichen Reaktionsregierung sind wochenlange Verhandlungen vorangegangen, in denen sich die Sozialdemokratie einen genügenden Einfluß auf Preußen zu sichern suchte. Alle diese Bemühungen sind gescheitert an dem hartnäckigen Widerstand des Zentrums und der Demokraten, die mit aller Gewalt den preussischen Regierungskurs nach rechts abzudrängen suchten.

In der Zeit der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung regierten Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gemeinsam. Die Sozialdemokratie hatte das Präsidium und die Ministerien des Innern, der Landwirtschaft, des Unterrichts und der Finanzen. Vor den Wahlen zum Landtag vereinbarten die drei Koalitionsparteien, ungeschadet ihrer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten und unter voller Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes, gemeinsam für den Sieg dieser Koalition zu kämpfen. Durch die Einsicht der preussischen Wähler wurde dieser Sieg erreicht. Daß die Koalition nicht die alte Stärke behalten würde, war nach den vorangegangenen Wahlen ganz gewiß. Aber im Gegensatz zu den Reichstagswahlen 1920, bei denen die Koalition in die Minderheit geriet, erkämpfte sie bei den Landtagswahlen 1921 eine Mehrheit von 26 Mandaten.

Trotzdem weigerten sich Demokraten und Zentrum hartnäckig, die alte Koalition wiederherzustellen.

Sie bestanden darauf, die Deutsche Volkspartei in die Regierung mit hineinzunehmen. Angeblich sollte ohne die Deutsche Volkspartei die alte Koalition nicht mehr tragfähig, allen Zufällen und ewigen Krisen ausgesetzt sein. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten sollten eine Regierung nicht tragen können. Jetzt tragen sie Demokraten und Zentrum allein. Sie genießen dabei freilich die Unterstützung der gesamten Reaktion, von deren Wohlwollen und Gnade sie abhängen. Die Behauptung von der Schwäche der alten Koalition ist eine bewusste Unwahrheit. War doch deutlich genug zu erkennen, daß die Unabhängigen eine ehrlich fortschrittliche Politik von Fall zu Fall unterstützen und sorgfältig darauf achten würden, nicht etwa wie früher durch reine Bosheitspolitik das Spiel der Rechtsparteien zu spielen, die in die Regierung hinein wollten. Beharrten also Zentrum und Demokraten auf der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, so konnte dabei

ihre Absicht nur sein, den Einfluß der Sozialdemokratie so stark herabzudrücken, daß unsere Minister im Kabinett nur noch ein Stück Dekoration gewesen wären.

Die bürgerlichen Parteien sollten den Regierungskurs bestimmen und die Sozialdemokratie sollte die bürgerliche Politik vor den Arbeitern verantworten. Sie sollte den Prügelknaben abgeben für eine Politik, auf die sie selbst keinen maßgebenden Einfluß mehr besessen hätte. Zu dieser Rolle konnte sich die Sozialdemokratie nicht hergeben.

Die Sozialdemokratie mußte ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unbedingt ablehnen. Sie war und blieb entschlossen, lieber aus der Regierung auszuschließen, als mit der Deutschen Volkspartei darin zu sitzen. Denn die Deutsche Volkspartei ist keine republikanische, sondern eine monarchistische Partei. Die Wiederherstellung des Kaisertums bezeichnet sie in ihrem Programm als ihr oberstes Ziel. Unmöglich, durch die Heranziehung der Deutschen

Volkspartei die Republik zu festigen; sie konnte dadurch nur erschüttert werden. In dieser Zeit der Lebensgefährdung des deutschen Volkes durch die Frage der Kriegsentfesselung hat sich die Deutsche Volkspartei nicht geschont, die Beerbtigung der früheren Kaiserin zu einer monarchistischen Demonstration zu gestalten und dadurch erneut Deutschlands übergewaltige Gegner zu provozieren. In der gleichen nationalistischen Herausforderungspolitik hat sich der führende Geldgeber der Deutschen Volkspartei, Hugo Stinnes, gefallen, als er seine neuen Dampfer Tirpitz und Lubendorff taufte. Die Deutsche Volkspartei ist aber nicht nur monarchistisch und nationalistisch, sie ist auch rein kapitalistisch und unbedingt antisozialistisch. Kampf gegen die Sozialisierung, Kampf gegen den Achtstundentag und Abbau der Löhne sind programmatische Forderungen der Deutschen Volkspartei.

Ein gemeinsames Regierungsprogramm für Volkspartei und Sozialdemokratie war unter diesen Umständen undenkbar.

Durch die Arbeiterklasse geht eine große Selbstbesinnung. Die radikalen Phrasen und Zersplitterungsversuche verfangen nicht mehr. Immer deutlicher findet sich das werktätige Volk auf den Boden seiner alten Grundsätze, auf den Boden der Demokratie und des Kampfes mit geistigen Waffen zurück. Diese Entwicklung wäre gestört, ja vielleicht zerstört worden, wenn die Sozialdemokratie eine Regierungskoalition mit der Stinnes-Partei eingegangen wäre. Das wäre der denkbar schwerste Schaden, nicht nur für die Partei, sondern auch für die junge Republik gewesen. Unter diesen Umständen konnte die Sozialdemokratie nichts anderes erklären als das eine:

in keinem Falle

mit der Deutschen Volkspartei!

Demokraten und Zentrum hatten nun die Wahl: entweder die alte Koalition oder den Reaktionsblock des gesamten Bürgertums gegen die Arbeiterklasse. Demokraten und Zentrum haben sich für den Reaktionsblock entschieden. Bei der ersten Wahl des Zentrumsmannes Stegerwald zum Ministerpräsidenten hatten sie sich noch verpflichtet, daß er seinen Auftrag zur Regierungsbildung zurückzugeben werde, wenn eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die Regierungsbildung nicht zustande käme. Später hat das Zentrum diese Zusage aus der Welt zu leugnen gesucht, und die Demokraten, die genau wußten, daß die Zusage getroffen war, haben geschwiegen. Unter Wortbruch bildete der Zentrumsmann sein Kabinett, gestützt auf die Rechtsparteien, und erst als er damit fertig war, trat er zurück und ließ sich von diesen formell noch einmal wählen.

Dem neuen Kabinett des Wortbruchs und der Reaktion steht die Sozialdemokratie schroff feindlich gegenüber. Eine Regierung, der die Deutschnationalen in namentlicher Abstimmung geschlossen das Vertrauen bekundet haben, wird nie das Vertrauen der Sozialdemokratie genießen. In dem Regierungsprogramm des Herrn Stegerwald fehlt selbst jede Ankündigung einer fortschreitenden Demokratisierung der Verwaltung, es fehlt jedes Wort über soziale Fürsorge für die Arbeiter, jeder Gedanke an Sozialisierung. Was sollten in der Tat auch solche Versprechungen im Munde einer Regierung, die an jedem Tage vom Wohlwollen der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei abhängt! Zentrum und Demokraten haben sich, indem sie die Sozialdemokratie aus der Regierung gedrängt haben, der Reaktion verrieben und werden ihr dienen müssen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte — alle Minderbemittelten — sind durch den Uebergang der preussischen Regierung in die Hände der Reaktion ernsthaft bedroht. Schon verlangen die Deutschnationalen eine gründliche „Säuberung“ der preussischen Verwaltung von den Vertrauensmännern der Arbeiterklasse, die seit der Revolution angefleht worden sind. Sozialdemokratische Beamte und Lehrer werden bald Gelegenheit haben zu zeigen, daß sie treu zur Partei stehen, auch wenn sie drangaliert und schikanert werden. Schon benutzen Großgrundbesitzer und Großbauern die Entfernung unseres Genossen Otto Braun aus dem Landwirtschaftsministerium, um Pächter und Landarbeiter mit

Massenfürsorgungen zu überfallen und sie in das alte Joch der Abhängigkeit hinabzudrücken. Gegen die Höchstmietenerordnung läuft die Reaktion Sturm; verdreifacht, gewaltig erhöht sollen die Mieten werden.

Aber je brutaler die Reaktion wirtschaften wird, um so stärker wird die Kampfkraft des aufgeklärten werktätigen Volkes werden. Die Sozialdemokratie ist bereit, den Kampf aufzunehmen und zu zeigen, daß sie heute gegen die bürgerlich-republikanische Reaktion zu kämpfen versteht, wie sie einst der wilhelminischen Gewaltherrschaft getrotzt hat. Nicht zu sinnlos verbrecherischen Attentaten und Putzversuchen wird sie die Arbeiterklasse verführen, die nur der Reaktion billige Triumphe verschaffen und die Arbeiter dem Zuchthaus überliefern.

Auf dem festen Boden der republikanischen Verfassung wird sie mit allen Mitteln der Aufklärung, des Kampfes im Parlament und der wirtschaftlichen Macht der organisierten Arbeitnehmer um die politische Macht kämpfen.

nicht unruhig und ungeduldig von „Mitton“ zu „Aktion“ schwankend, sondern systematisch, zäh, ausdauernd und zielbewußt.

Hand- und Kopsarbeiter, das gesamte werktätige Volk muß sich fester und einiger als je um die Politik der Sozialdemokratie scharen. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie bereit ist, politische, praktische parlamentarische Arbeit für die breiten Massen der Bevölkerung zu leisten. Die Sozialdemokratie wird jetzt auch beweisen, daß sie nicht ungekräft zur Einflußlosigkeit herabdrücken will oder ausschalten kann. Stärkt die Organisationen, verbreitet die Arbeiterpresse, bringt Aufklärung und Wissen in alle Köpfe und spannt zum Kampfe alle Kräfte an, damit wir durch harte Schläge die bürgerlichen Parteien zwingen, der Arbeiterklasse den ihr gebührenden Einfluß zurückzugeben. Frauen und Männer des werktätigen Volkes, an Euch ergeht der Ruf:

Vorwärts zum Kampf!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages.

Der Reichskanzler über Oberschlesien.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung. Berlin, 6. Mai 1921.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Dr. Simons. Präsident Loeb eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Der Herr Reichskanzler hat den Wunsch, über die Ereignisse der letzten Tage, die unser ganzes Land beschäftigen, eine Erklärung abzugeben. Ich erteile ihm hierzu das Wort:

Reichskanzler Fehrenbach: Unserm Botschafter in London, Herrn Dr. Stamer, ist gestern das Ultimatum des Obersten Rates durch den englischen Premierminister übergeben worden. Außerdem ist im Laufe der Nacht der englische Text der Beschlüsse der Alliierten über die Reparationen und Zahlungsforderungen eingetroffen. Es sind umfangreiche Schriftstücke, die gegenwärtig der Prüfung unterliegen. Das Kabinett wird alle Sorgfalt darauf verwenden, die sachlichen Unterlagen für die Entscheidung vorzubereiten, die dem neuen Kabinett obliegt. Ueber

die Aufstandsbewegung in Oberschlesien

hat das Kabinett gestern dem Auswärtigen Ausschuss Bericht erstattet. Es hat sich das ereignet, worauf wir die alliierten Regierungen immer wieder mit größtem Nachdruck hingewiesen haben. Die Vorbereitungen zu einer gewaltigen politischen Aktion sind so offen vor sich gegangen, daß über die aufrührerischen Zwecke und Absichten längst kein Zweifel mehr möglich war. Heute hat sich der polnische Aufstand bereits über das ganze Gebiet verbreitet, das nach Norden durch die sogenannte „Korfanth-Linie“ bezeichnet wird. Teilweise hat die Bewegung über diese Linie hinausgegriffen. Ueber die polnische Grenze sind Waffen und Auszubildete nach Oberschlesien gelangt. Die Aufwührer sind nach vielfach vorliegenden Meldungen glänzend bewaffnet. Aus

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

14. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Wittkamp wurde es unheimlich unter all diesen braunen, halbwildem Gestalten, die das ganze große Ferryboot füllten. Das waren schon keine Europäer mehr, so verwahrloht und schmutzig sahen sie aus. Und dazu kam das laute Schreien in der unangenehmen, harten Sprache und die heftigen Armbewegungen.

„Zweitausendachtshundert Personen sind heute auf Ellis Island gelandet worden!“ hatte der alte Herr zu Wittkamp gesagt.

Und das ging nun tagtäglich so. Aus allen Teilen von Süd- und Osteuropa und von Kleinasien kamen die Dampfer mit Menschen beladen an und packten sie hier aus. Es war kein Dorf so armfelig und kein Winkel so abgelegen, in dem nicht elende und niedergedrückte Menschen von Amerika träumten. Das Amerikafieber, das früher in den germanischen Völkern geherrscht hatte, war nach Süden gewandert, bis tief in Asien hinein, und schickte statt der großen horden Nordländer eine kleine dunkelhaarige Rasse herüber, die durch ihre ungeheure, stets wachsende Zahl alles zu überschwemmen drohte.

Auch Martha fühlte sich unbehaglich unter diesen Menschen. Bor ihr stand ein junges Mädchen, dessen Haare von Rausen wimmelten. Und man konnte sich nicht einmal rühren, so dicht gedrängt stand die Menge. Es war eine wirkliche Erstickung, als das Boot endlich am Batterypark in der Nähe des alten Castle Garden landete.

Wieder begann jetzt das gewaltige Sichhinauschieben der ungeduldrigen Menschenmenge, die sich schreiend und schimpfend in Bewegung setzte. Jeder wollte an die Spitze kommen, als sei jede Sekunde kostbar, die man eher in dem gelobten Lande eintrat. Die Leute stolperten über ihre eigenen Bündel und stießen sich mit den eisenbeschlagenen Kisten, und die Kinder, die ihre Mütter verloren hatten, fingen laut an zu schreien.

Auf dem Batterypark stand eine Menge Menschen, die die Ankünfte erwarteten: Neugierige, Bummler, Gauner, Agenten jeder Art und Kriminalbeamte. Die meisten Einwanderer hatten einen Führer, einen Padrone, und wurden auf Karren und Wagen verladen und weiter geschafft. Andere zogen in Gruppen unter Anführung eines Verwandten oder Bekannten; der laut renommierend seine Erklärungen gab, nach dem besten Hochland, um mit dem Second Avenue-Train in das arme, nische oder italienische Viertel des Ostens verschwinden zu lassen.

Wittkamp und Martha brauchten nur über den Batterypark nach ihrem Hotel zu gehen, einem christlichen Entzantentheim. Unterwegs wurden sie von einem äußerst verkümmerten Menschen auf Deutsch angesprochen. Er wollte sie führen, als Landsmann — gratis. Und als Wittkamp sich keine Segelung heftig verbat, bettelte er um eine Unterstüßung. Er habe seit drei Tagen nichts gegessen, er könne nicht arbeiten, weil seine Hände wund seien. In der Tat waren seine Hände mit eitrigen Wunden bedeckt und sahen entsetzlich aus.

Wittkamp wollte schnell weiter eilen, hauptsächlich weil er auf Schritt und Tritt irgendeine Gaunerei befürchtete. Aber Martha wurde rot. Eilends nahm sie aus ihrem Portemonnaie eine Geldmünze und gab sie dem Mann, der sich viermal bei ihr bedankte. Als er fort war, meinte Wittkamp zornig: „Wie kannst du dich nur mit solchen Menschen einlassen — wenn er dir nun dein Portemonnaie entrisen hätte?“

Sie war erstaunt über den heftigen Ton seiner Worte und gab ihm eine scharfe Antwort. Er schien gereizt und nervös, und so kamen sie verstimmt und übereilend in dem Gasthaus an. Zwar gaben sie sich jetzt alle Mühe, wieder das alte herliche Verhältnis zu finden, aber es war doch etwas Fremdes zwischen sie getreten, was sich nicht sofort verwischen ließ. Er glaubte, sie hätte sich nur aus Eigensinn mit dem Gauner eingelassen, dessen spöttisch geschliffen Blick er wohl bemerkt hatte, und sie ärgerte sich, weil sie wußte, daß er nur aus Furcht diesem armen Menschen nichts geben wollte.

Sie fanden übrigens nur drei von ihren Schiffsbekannteten wieder — die lustige Rheinländerin, die Jüdin aus Berlin und den jungen, blonden Hamburger, den sie Alfons nannten. Alle anderen hatte der Wind zerstreut. Sie erzählten, daß der Doktor festgehalten worden sei. Er war sehr aufgeregt gewesen, weil ein Beamter ihn angefaßt hatte, und beklagte sich laut und lärmend bei den Ärzten. Ueberhaupt sei es mit dem Doktor nicht ganz richtig, und er würde wohl sicher juristisch sein.

„In drei Tagen sind wir fünf auch auseinander“, sagte die Rheinländerin. „Und wer weiß, ob dann einer von uns noch mal den anderen zu sehen kriegt.“

„Ja, ich glaub' auch“, meinte Wittkamp, „wer hier einmal verschwinden ist, der kommt nicht wieder zum Vorschein.“ Und Martha drückte sich unwillkürlich fester an ihn heran. Sie war doch froh, daß sie nicht ganz allein war.

Das war ein heißer Sommer gewesen für die armen New Yorker. Wochenlang hatte eine Glutwelle schwer und bewegungslos über der Stadt gelegen, kein Windhauch wehte durch die

Straßen, und in den Häusern brütete eine tödliche Schwüle, die selbst des Nachts nicht wich und den Menschen den Schlaf nahm. Tausende schliefen auf den Balkons oder ganz im Freien.

Aber jetzt, im Anfang September, war das Schlimmste vorüber, und man begann langsam wieder aufzuatmen. Nacht um Nacht auf die asphaltierten Straßen herabzubrechen, die Nächte brachten doch schon Gewitter und Abkühlung, und man freute sich schon auf die kommende kühle Herbstzeit, den Indianerommer, der mit seiner bunten Laubfärbung die Wälder und Parkanlagen in ein tausendfarbiges Paradies verandelte.

Freilich Wittkamp kam das Wetter noch heiß genug vor, und es war ihm unbegreiflich, wie man jetzt schon von einer Abkühlung sprechen konnte. Es war am achten Tage nach seiner Landung, als er des Morgens ganz früh aus seiner Wohnung, die im Westen in der 17. Straße lag, heraustrat und langsam hinüberzog nach dem Union Square.

Er hatte in der Nacht schlecht geschlafen, denn das kleine, weiß getünchte Zimmerchen, das er bei einem italienischen Schneider bewohnte, war — wie alle Zimmer in solchen Tenementshäusern — dumm und heiß, und selbst der starke Gewitterregen, der draußen alles erfrischte, sandte kaum eine Abkühlung in diese engen Räume.

Aber hier auf der Straße atmete er auf. Es war die ein- zige schöne Stunde des Tages, die er jetzt genoss, die Frühlingstunde, die jeden, der ins Freie kam, von der dumpfen Bekäubung der Nacht erlöste und ihm neuen Mut zu neuer Tagesarbeit gab.

Als Wittkamp die Pilsader von New York, den Broadway, kreuzte, dessen Asphaltplaster in der Sonne blühte, warf er einen Blick die Straße hinunter, über die trotz der frühen Stunde schon ein lärmender Strom von Wagen und Menschen flutete. Von all den Menschen, die über die Straßen jagten, schien keiner auch nur eine Minute Zeit zu haben. Alle eilten zu ihrem Geschäft, in ihren Arbeitshosen, von einer inneren Hastlosigkeit getrieben, die nur zu deutlich auf ihren Gesichtern lag.

Wittkamp hatte alle diese Menschen, die so teilnahmslos gegeneinander ihre Wege gingen, jeder für sich, und die sich doch alle so gleichen im Gesichtsausdruck, in der Kleidung, im Gang. Er fühlte, daß er gegen sie abtauch, daß er ein Fremdling war, auf den sie mit mitleidiger Geringschätzung herabsahen. Und er haßte diese glänzenden Geschäftspaläste, die hier prächtig nebeneinander standen, einer immer noch höher, gewaltiger, prunkhafter, überladener als der andere. Auch sie sahen auf ihn herab, feindselig, höhnis, und die großen Fenstergehäusen, hinter denen der Lurus einer ganzen Welt zur Schau lag, blühten ihn an mit prausamem Spott.

Fortsetzung folgt.

Welchen Beständen sollen diese Mengen von Waffen stammen? Die Vorbereitung des Aufstanzes läßt auch über die militärische Leistung der Bewegung keinen Zweifel. (Hört, hört!) Daß polnische Offiziere und Soldaten, wenn auch keine regulären polnischen Truppenkörper, beteiligt sind, wird kaum in Abrede gestellt werden können. (Hört, hört!) Offenbar besteht der Plan, eine vorwiegend polnische Armee im Interesse Polens zu schaffen und damit den alliierten Regierungen die Hände zu binden. Die polnische Presse in Warschau ruft die polnische Gesandtschaft zur Hilfe für Insurgenten auf. Auch liegen Anzeichen für polnische Mobilisierungsmassnahmen vor. Den bitteren Ernst der Lage empfindet unser Volk in allen seinen Schichten. Es sah das Schicksal treuer deutscher Brüder der Bevölkerung eines deutschen Landes, welches durch den Friedensvertrag in die Hände der alliierten Mächte gelegt und es mußte nun mit zerrissenen Herzen sehen, wie unter den Augen dieser Mächte, entgegen ihrem versprochenen Wort, unsere deutschen Brüder Opfer polnischer Gewalttaten wurden. Das Leben bedroht, in Haus und Heim gefährdet. Von allen Seiten bringen Hilfserufe zu uns. Unsere oberste Pflicht ist es, unsere deutschen Brüder zu unterstützen. Wir müssen darauf achten, daß nicht irgend welche Akte von Unbesonnenheit und Verzweiflung stattfinden. Es ist ja klar, daß die Gegner nur darauf lauern, uns ins Unrecht zu ziehen, um sich vor der Welt der Schmach zu entziehen, daß sie ein wehrlos gemachtes Volk vernichten haben. Mit Rücksicht auf die gesamte Lage richten wir auch an die Deutschen außerhalb des inkorporierten Gebietes die Aufforderung, die Aufgabe der Regierung durch besonnenes Verhalten zu unterstützen. So wie uns das Blut in den Adern kocht, so überlegt muß alles sein, was in Oberschlesien zu tun ist. Ich darf nunmehr die Note verlesen, die gestern an die Besatzungsmächte nach London, Paris und Rom gerichtet worden ist, nachdem wir am Tage zuvor bei diesen Mächten nachdrücklichst Einspruch eingelegt und Abhilfe gefordert haben. Diese

deutsche Oberschlesien-Note

vom 5. Mai hat folgenden Wortlaut:
Das ober-schlesische Abstammungsgebiet befindet sich heute lebende Bevölkerung wird aufs Schlimmste terrorisiert. Morde und Verschleppungen häufen sich. Der Betrieb der Gruben- und Hüttenwerke wird gewaltsam gehindert. Die Zerstörung vieler wertvoller Produktionsstellen ist zu befürchten. Korruption macht sich die Stellung eines obersten Leiters der Verwaltung an; er nennt sich Militär- und Zivilbeamter, und verhängt Todesstrafen. Die polnischen Banden sind schwer bewaffnet und blühartig über das ganze Land verbreitet. Die friedliche Bevölkerung bewahrt demgegenüber eine musterhafte Ruhe. Das Gebiet ist gemäß dem Frieden von Versailles der internationalen Kommission zur Verwaltung anvertraut. Truppen der alliierten Mächte halten es besetzt. Bisher hat weder die Kommission die offenkundig von langer Hand vorbereitete Bewegung zu verhindern, noch die Truppenmacht den Aufruhr wirksam zu bekämpfen vermocht. Die deutsche Regierung vermahnt sich wiederholt dagegen, daß die bisherige Zurückhaltung der großen Mehrheit der Bevölkerung so aufgefakt wird, als ob sie sich bei der Gewalttätigkeit der polnischen Banden beruhige und daß die gegenwärtige Sachlage bei der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien in Betracht gezogen wird. Die Bevölkerung kann verlangen, daß die alliierten Regierungen ihrer schweren Verantwortung bewußt unverzüglich für eine derartige Stärkung der Besatzungstruppen sorgen, daß der Aufruhr schon in kürzester Zeit niedergeworfen und die Ordnung im Lande wieder hergestellt wird. Die deutsche Regierung schließt sich diesem Verlangen mit allem Nachdruck an und ersucht um eine Erklärung der dortigen Regierung, ob sie geneigt ist, gemeinsam mit den anderen beteiligten Regierungen alsbald die zur Herstellung der Ruhe erforderlichen militärischen Kräfte einzusetzen. Sie ist bereit, ein tatkräftiges und volles Eingreifen der Mächte zu erleichtern und ihnen alle gewünschte Förderung zuteil werden zu lassen. Die deutsche Regierung bedarf einer solchen Erklärung, um entscheiden zu können, ob von deutscher Seite Maßnahmen zum Schutz der ober-schlesischen Bevölkerung zu treffen sind, die vom deutschen Volke auf das Entschiedenste gefordert werden. (Lebh. Beifall.)

Die deutsche Regierung vertraut, daß die alliierten Mächte die ihnen nach dem Friedensvertrag zufallende Aufgabe in vollem Umfang erfüllen werden, wie es ihre Bevollmächtigten in Opfern der Bevölkerung am 3. Mai öffentlich angekündigt und wie sie es den deutschen Bevollmächtigten gegenüber wiederholt bekräftigt haben.

Hinzufügen will ich noch, daß inzwischen Anordnungen in die Wege geleitet sind, um die Reichswehr in den Stand zu setzen, in kürzester Frist dasjenige zu tun, was nach dem Ergebnis unseres Schrittes bei den alliierten Mächten als notwendig erscheinen möchte. Mit diesen Erklärungen muß ich mich für jetzt begnügen. Ich glaube, daß ich in Ihrer aller Namen und im Namen des deutschen Volkes spreche, wenn ich der schwergeprüften ober-schlesischen Bevölkerung zurufe: Harret aus, handhaft, wie bisher! Auch Euer Weg wird allen finsternen Mächten zum Trost aus dem gegenwärtigen Dunkel wieder ins Helle führen! (Lebh. Beifall.)

Hr. Ledebour (USP): Wir beantragen Besprechung der Erklärung des Reichsfinanzministers. Gerade weil das gegenwärtige Ministerium nur eine Geschäftsregierung ist, ist es notwendig, daß der Reichstag für die politischen Geschäfte die Verantwortung trägt.

Hr. Braß (Komm.) schließt sich ihm an.
Hr. Müller-Franken (Soz.): Wir sind mit dem Reichsfinanzminister darin einig, daß der bittere Ernst der Lage von allen Schichten der Bevölkerung empfunden wird, und gerade in dieser Stimmung müssen wir uns fragen, ob es im Interesse des deutschen Volkes und besonders der deutschen Arbeiter liegt, jetzt in eine Debatte einzutreten. Vor dem Einsetzen militärischer Kräfte muß natürlich das Plenum gehört werden.
Präsident Loeb: Ich schlage nunmehr vor, die weiteren Beratungsgegenstände heute nicht mehr zu erledigen. Die Sitzung ist geschlossen. Ich werde die nächste Sitzung festsetzen.

Entrichtung der Einkommensteuer.

Ein neuer Grundsatz ist durch das neue Einkommensteuergesetz vom 24. März 1921 (Reichsgesetzblatt Nr. 34 S. 315) aufgestellt worden, nämlich Verzinsung der durch Steuerabzug vom Lohn zurückgehaltener und Hinzuführung für die nachzahlenden Beträge. Der neue § 42 schreibt dies nämlich vor. Danach ist die festgesetzte Steuer Schuld innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Steuerbescheides zu entrichten, soweit sie den Betrag übersteigt, der auf die vorläufige Steuer Schuld zu entrichten ist. Wenn die endgültig zu entrichtende Steuer Schuld den Betrag übersteigt, der auf die vorläufige Steuer Schuld zu entrichten ist, so hat der Steuerpflichtige die nachzahlende Einkommensteuer mit fünf vom Hundert ihres Betrages für die Zeit vom Schluß des Rechnungsjahres (31. März), für welches Einkommensteuer zu entrichten ist, bis zum Zahlungstage zu verzinsen. Bleibt die endgültig zu entrichtende Steuer Schuld hinter dem Betrage zurück, der auf die vorläufige Steuer Schuld entrichtet ist, so werden dem Steuerpflichtigen 5 vom Hundert des zurückgehaltene Betrages für die Zeit vom Schluß des Rechnungsjahres bis zum Tage der Rückzahlung als Zinsen vergütet.

Für die meisten Steuerzahler wird letzteres insbesonders auf das Rechnungsjahr 1920/21 nicht in Frage kommen. Da der Steuerabzug vom Lohne nicht vom Beginne des Rechnungsjahres an erfolgt, werden viele Steuerzahler trotz Ermäßigung der Steuer etwas nachzahlen müssen.

Gewerkschaftsbewegung.

Einseitige Verfügungen gegen das Koalitionsrecht. Der Tiefbauunternehmer Bruch in Berlin hat eine einseitige Verfügung über die Arbeitnehmerorganisationen des Baugewerbes erlassen, durch die das Streikpostensystem bei Vermeidung einer Geldstrafe von 3000 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterlagert wird. Dieser Verfügung ist ein Einspruch in die Verfassung, die der Arbeitnehmer das Koalitionsrecht garantiert. Die organisierten Arbeitnehmer können und dürfen sich einen solchen Einspruch unter keinen Umständen gefallen lassen; denn würden sie das tun, so bedeutet das einen freiwilligen Verzicht auf ein verfassungsmäßiges Recht. Weder Verwaltungsmaßnahmen der Verfügungen die Verfassung außer Kraft zu setzen. — Im Namen der organisierten Arbeitnehmer erheben die Gewerkschaftskommission Berlins, das Ortskartell und der Arbeiter-Bund entschiedenen Protest gegen die Verfügung. — Die erforderlichen Schritte, diese Verfügung wieder aufzuheben, sind bereits eingeleitet.

Aus aller Welt.

Der Hartmannsweilerkopf als Denkmal. Der Hartmannsweilerkopf ist unlängst als historisches Denkmal erklärt worden. Er ist Staatsdomäne. Der Fremdenzukunft aus aller Herren Länder zu dieser Ruhestätte, auf der 60 000 Soldaten verblutet sind, nimmt taatsächlich zu. Wer aber die Spitzen bestiegen will — und das will schließlich jeder —, muß sich erst über ein wüdes Gewirr von Geröll, Eiser, Drahtseilen freierprobieren Geschossen durcharbeiten, da man in den zwei Kriegsjahren noch keine Zeit fand, auch nur einen Pfad herzustellen.

Ein Wachermarschpräsident als Schieber verhaftet. Wie uns aus Breslau gedruckt wird, wurde der Präsident des polnischen Unions zur Bekämpfung des Wachers, Alexander Kisowski auf Befehl des Warschauer Untersuchungsrichters wegen Schleichungen verhaftet.

Starker Schneefall in Thüringen. In ganz Thüringen herrscht seit Donnerstag früh anhaltend starker Schneefall. Im Thüringer Wald beträgt die Schneehöhe bereits 20 Zentimeter. Obstbäume und Beerensträucher sind durch Eisbildung stark gefährdet.

Rußisch Todesurteile. Das Schwurgericht in Graefswald urteilte nach dreitägiger Verhandlung fünf russische Kriegsgefangene aus dem Waldammer Kriegsgefangenenlager ab. Unter der Anklage des fünffachen Mordes und schweren Raubes standen die Letten Boris Turmanow und Johann Meinel, die Russen Awiljan Nedun, Jsa Michailow und Theodor Gossow. Die Angeklagten hatten am 8. Dezember 1920 die Dorfweiser Raubort in Golln-Ausbau im Kreise Demmin ermordet und sein Gehört ausgeraubt. Fünf Tage später ermordeten sie nach qualvollen Marterungen die aus vier Mitaliebrern bestehende Familie des Hofbesizers Marquardt in Rakow bei Wolgast und plünderten ebenfalls die Bestimmung aus. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen, die im ganzen 63 Schuldfragen zu beantworten hatten, fällt das Gericht folgendes Urteil: Turmanow wegen schweren Raubes zu 12 Jahren Zuchthaus und wegen Mordes in drei Fällen dreimal zum Tode, Michailow wegen Mordes in fünf Fällen fünfmal zum Tode und wegen schweren Raubes zu 12 Jahren Zuchthaus, Gossow wegen Mordes in drei Fällen dreimal zum Tode und wegen besonders schweren Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus, Sedun wegen Mordes zum Tode, wegen besonders schweren Raubes zu lebenslänglichem und wegen schweren Raubes zu 12 Jahren Zuchthaus, und Meinel wegen besonders schweren Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden den Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Sie nahmen ihr Urteil, das ihnen, da sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind, durch einen Dolmetscher übermittelt wurde, mit größter Ruhe entgegen.

Geld flinkt nicht, besonderes ausländisches. So dachte die Frau Rittergutsbesitzer Theuer, eine Stütze der deutschen nationalen Partei im Kreise Frankenstein, als sie ein wertvolles Schmuckstück nach der Schweiz bringen wollte. In Geldgeschäften gehen aber auch deutsch-nationale Herrschaften mit den von ihnen viel geschätzten Juden Hand in Hand. Und so konnte es sich Frau Theuer nicht verlagern, den Getreidehändler Woldebrand Wagner (Frankenstein) auf die Vorteile der Auslandsschleppungen aufmerksam zu machen, die er dann auch prompt mitmachte. Beide fielen aber rein, wie eine in der „Presse Volkswacht“ geprüfelter Gerichtsverhandlung zeigte. Die deutsch-nationale Dame vertraute einem Koch Auerwald ein Brillantkollier im Werte von 100 000 Mark an, das in der Schweiz verkauft und gleich dort das Geld unter Ausfuhr-Steuerhinterziehung angelegt werden sollte. Herr Wagner gab demselben Vertrauensmann 100 000 Mark zum Verbleiben in die Schweiz mit — Aber: dieser Vertrauensmann „verfloppelte“ das Ganze schon in Leipzig und spielte dann den Lebemann. Dafür büßt er nun mit mehreren Jahren Zuchthaus. Ob der treudeutschen Agrariern was ähnliches aufhört, darüber fehlen Nachrichten. — daß sie ihre deutsch-nationale Partei kräftig weiter führt, scheint sicher.

Die frommen Schmugglerinnen. Dem Linzer „Tageblatt“ wird geschrieben: Vor kurzem zogen auf einem einsamen Waldpfad, welcher schon manchen schwerbeladenen Schmuggler in das benachbarte Land der besseren Valuta (Bavaria) geführt haben mag, ein altes Weiblein und ein junges Mädchen laut betend der nahen Grenze zu. Von einem Zollbeamten angehalten, erklärten beide, auf den Mariaberg bei Passau (einen beliebten Wallfahrtsort) beizugehen und zu beten. Um aber würdiger am Fulse des Herrn zu erscheinen, täten sie zur Sühne für ihre Sünden den kämmerhaften Rosenkranz beten. Da jedoch das Gebeten der beiden Pilgerinnen nicht ganz einwandfrei war, mußten sie zum nahen Zollamt mitgehen, um dort einer Durchsuchung unterzogen zu werden. Dort konnten sie ihr süßliches Herz etwas vorzeitig in der Gestalt von vier Kilogramm Butter und zwanzig Stück Eier, die sie unter den Röden verborgen hatten, erleichtern. — In der gottlosen Republik Deutschösterreich können eben Zollbeamte solche Religionsführung wagen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Der Rektor Gottschalk scheint rein mild geworden zu sein. Anders kann man sich die Bestrafung von Kindern, die zu spät kommen, nicht erklären. Alle andern Schulen haben, so viel man hört, denselben Anfang morgens 10 Minuten vor 8. In der 1. Raader-Mittelschule fängt man Montags der Ansdacht wegen bedeutend eher, an andern Tagen soll es jedoch nicht wie üblich um 7⁴⁵ sondern um 7³⁰ schon losgehen. Dann sollte der Herr Rektor seinen besonderen Anfang öffentlich bekanntgeben, dann sorgen auch die Eltern dafür, daß die Kinder pünktlich zur Stelle sind. Ohne aber nach dem Grund des Verspätkommens zu fragen, einfach mit Nachhaken zu bestrafen, hat zur Folge, daß die Kinder zum Schulamözen oder sonstigen Streichen getrieben werden. Wenn der Rektor Gottschalk sich der unangenehmsten Folgen seiner Strafmäßigkeit nicht klar ist, dann sollte die Behörde ihn das Handwerk legen!

Spiel, Sport und Körperpflege.

Tourenverzeichnis des Arbeiter-Radfahrer-Bundes (Ortsgruppe Lübeck) für Monat Mai. 8. Mai: Große Tour nach Kragburg, Abfahrt 7 Uhr morgens (über Schönberg) Burgtorbrücke. Kleine Tour nach Balingen, Abfahrt 8 Uhr Gewerkschaftshaus. 14. Mai: Wolzenburg: Sonnabend, Abfahrt 4 Uhr nachmittags Mühlenbrücke. 15. Mai: Sonntag morgen Abfahrt 4 Uhr Mühlenbrücke. 22. Mai: Gutlin: Große Tour, Abfahrt 6 Uhr morgens Linderplatz. Kleine Tour nach Schwartau-Riesebusch, Abfahrt 2 Uhr Gewerkschaftshaus. 5./6. Juni: Große Tour nach dem Sachsenwald (über Kronsförde-Sandebenen), Abfahrt 4 Uhr morgens Mühlenbrücke; Kleine Tour nach Einhaus (Richtung Mölin), Abfahrt 1 Uhr Gewerkschaftshaus. Um rege Beteiligung wird gebeten. Der Fahrwart.

Volkswirtschaft.

Berliner Devisenpreise. Die Entwicklung der Devisenpreise an der Berliner Börse in der Zeit vom 14. April 1921 bis 30. April 1921 geht aus nachstehender Gegenüberstellung hervor:

Es notierten:	am 14. 4. 21	am 30. 4. 21	letzter Höchstkurs	Vor dem Kriege
Engl. Pfund Sterling (1) . . .	246.—	261.80	261.85	20.48
Französische Franken (100) . . .	445.45	509.55	710.70	81.—
Belgische Franken (100) . . .	462.50	507.80	740.75	81.—
Holländische Gulden (100) . . .	2187.20	2814.85	4204.—	168.75
Schweizerische Franken (100) . . .	1088.60	1166.20	1802.—	81.—
Amerikanische Dollar (100) . . .	68.20	66.07	108.85	4.20

Die Preisbildung für ausländische Zahlungsmittel unterlag in den letzten 14 Tagen sehr starken Schwankungen. Die von der Reichsmark verhältnismäßig lange behauptete Festigkeit wurde plötzlich durch eine in sehr fernem Ausmaße zurückzuführen verdrängt, wodurch sich die Preise für ausländische Zahlungsmittel nicht unwesentlich höher stellten. Natürlich ist dieser plötzliche Anstieg in der Bewertung der Reichsmark auf die zurzeit mehr als trübe wirtschaftliche und politische Lage zurückzuführen. Berücksichtigt man aber, daß als Folge der unverantwortlichen Gewaltpolitik der Entente Staaten die Möglichkeit einer noch weitern Schwächung der ohnehin schon stark eingeeengten wirtschaftlichen Kraft Deutschlands von Tag zu Tag größer wird, so kann man der zukünftigen Entwicklung der Noten- und Devisenkurse kaum zu pessimistisch gegenüberstehen. Wie der gesamte heutige wirtschaftliche Verkehr fast jedre realen, meßbaren Grundlage entbehrt, so auch der Devisenhandel. Man lebt eben von Tips auf die Zukunft, sogenannten Spekulationen, die sich auf mehr oder minder fest fundierte Ansichten stützen. In Zeiten schwankender Wertbegriffe läßt sich eben die Zukunft nicht mit Sicherheit abwägen.

Die internationale Handelspolitik.

Die Gegenüberstellung von Ein- und Ausfuhr in den verschiedenen Ländern zeigt geradezu krankhafte Bestrebungen der einzelnen Staaten, ihre Einfuhr einzudämmen und die Ausfuhr auszuweiten.

Der amtliche Handelsbericht der Vereinigten Staaten für März stellt fest, daß in den letzten Monaten dreimal soviel Waren aus- wie eingeführt wurden. Die „Aktivität“ der Handelsbilanz hat ein noch nie dagewesenes Maß erreicht; nun strömt aber der Gegenwert der ausgeführten Waren, weder Gold noch Waren, nicht in das Land zurück; den meisten Ländern, die die Waren laufen, fehlt es an Zahlungsmitteln. Amerika erwidert so ungeheure Forderungen. Die Vermutung läßt sich nicht von der Hand weisen, daß auch England die Festsetzung des 50prozentigen Zolls auf deutsche Waren weniger als Strafmaßnahme gegen Deutschland dachte, als zur Verhinderung der Wareneinfuhr.

Die Rückwirkung dieses fieberhaften Strebens nach Exporten kommt z. B. in der Handelsbilanz Australiens gut zum Ausdruck. Dieses Land hat seit dem Kriege einen bedeutenden Ausfuhrüberschuß aufgewiesen. Im Jahre 1920 aber, obwohl seine Ausfuhr sich bedeutend erhöht hatte (von 80 Millionen Pfund im Jahre 1918 auf 134 Millionen Pfund im Jahre 1920), schließt es mit einer passiven Handelsbilanz. Nach „Economist“ erfolgte dies, weil England und Amerika ihre Aufträge unerwartet rasch ausgeführt haben, nur um von ihren Waren loszukommen.

Frankreichs Außenhandel erreichte Anfang dieses Jahres den Punkt, wo mehr aus- wie eingeführt wurde. Es ist dies aber eine Folge der wirtschaftlichen Stagnation, keineswegs ein Fortschritt.

Italiens Handelsbilanz ist zwar immer noch bedeutend passiv, doch wächst der Prozentsatz der Ausfuhr im Vergleich zur Einfuhr ständig und der Vorkriegszustand wird bald erreicht sein. Nach Angaben der Statistik erfolgt dies aber durch eine vermehrte Einfuhr von Rohstoffen — also ein ungünstiges Zeichen für die ganze Volkswirtschaft — und von Nahrungsmitteln, welche wiederum ein Zeichen der Verzerrung und der mangelnden Kaufkraft des Volkes darstellt.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 6. Mai		Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.	
	6. Mai.		4. Mai.
Holland	100 fl.	2842.60	2850.—
Kopenhagen	100 Kr.	1210.—	1207.50
Stockholm	100 Kr.	1557.50	1560.—
Kristiania	100 Kr.	1025.—	1027.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	144.—	142.—
Schweiz	100 Frs.	1177.50	1177.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	18.—	18.50
Budapest	100 K.	81.50	81.75
Prag	100 K.	92.—	92.—
Spanien	100 Pesetas	982.60	980.—
London	1 £	268.75	264.75
Paris	100 Frs.	550.—	527.—
Belgien	100 Frs.	549.—	527.—
italien	100 Lire	847.—	824.—
Bukarest	100 Lei	—	110.50
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		66.87	66.50
do. briell. Ausz. od. Scheck		66.25	66.87

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 6. Mai 1921.		Angelommen am 7. Mai 1921.				
Dampfer	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tag	Std.
D.	Achilles	Wimann	Hamburg	1		
D.	Marga	Mauermann	Sminemünde	1		
E.	Amalie	Hildebrand	Horsens	5		
E.	Wiesel	Hiemeyer	Kopenhagen	8		
Angelommen am 7. Mai 1921.						
D.	Isidor	Dyllen	Gefle	6		

An die Jugend!

Mit dem heutigen Tage erscheint zum ersten Male das Jugend-Echo des Volksboten. Sollte dieser Wiederhall aus der Jugendbewegung den nötigen Anstoß und auch die nötige Unterstützung finden, so wird der Volksbote von Zeit zu Zeit einen gewissen Raum zur Verfügung stellen.

Möge das Jugend-Echo sowohl der Arbeiter-Jugend als auch den Jungsozialisten wertvolle Dienste leisten; und möge es das Interesse finden, das es braucht um zu bestehen und um sich auszubauen.

Der blühende Hammer.

Eine Legende von der Arbeit und vom Mai. Die Sonne segnet den kleinsten Halm! Nur die Arbeit atmet noch Ruh und Qualm, steht drinnen am Amboss und wertet und schufet und draußen leuchtet es, blüht und duftet...

Ist denn heute Walpurgistag? Da mag denn hämmern, wer hämmern mag! Ich will hinaus in den Frühling schreiten, will meine Arme ins Licht breiten...

Dort küßt sie mit wuchtiger Jorngedärbe den Hammer hinein in die Iengjunge Erde und streckt sich daneben ins frischgrüne Gras...

Sie sinnt über dies und sinnt über das, schickt ihre Gedanken zu Wolken und Winden und küßt sich mit eins im Traum entschwinden...

Der Hammer zu ihrer rechten Hand ragt einsam hinaus ins ebene Land. Da! — an dem lahlen, gedrehten Schaft wirkt eine geheime Wunderkraft...

Ein Keimen, ein Treiben, die Zweige sprossen, gleich sind die ersten ins Blatt geschossen, und im obersten Wipfel gebettet liegt schon die erste Blüte vom Winde gewiegt. Die zweite, die dritte ist aufgegangen; bald ist das ganze Geäst behangen mit roten Rosen, die grüßen weit hinein in die feiernde Frühlingszeit...

Um den blühenden Hammer, Hand in Hand, stehen die schaffenden Brüder aus Stadt und Land. Sie kommen alle, das Wunder zu sehn, und jubelnd hört man die Kunde gehn:

„Seht blüht der Hammer in unserer Hand! Frei herrscht die Arbeit im freien Land!“

Karl Brüger.

Jugendtag in Lübeck.

Eine wärmere Sonne leuchtet vom frühlingsblauen Himmel, ein buntes Wumentepich liegt in Wald und Wiesen und Blütenbergoffene Bäume bieten sich dem Auge dar, jeder Halm reckt sich lebensfrohen dem Licht entgegen. Das ewige alte Wunder des Frühlings ist da.

Es ist vorbei mit der Ruhe der Jugend, Jugend ist Frühling, ist Kraft und Freude, ist unbändig und stark. Es geht hinaus aus den dunklen Mauern, hinaus aus qualmennden Städten. Herz und Sinne baden sich wohligh in dem Gefühl der neu erwachten Kraft.

Jugend wandert. Sie zieht hinaus in frohen Scharen, wieder und Scherze auf den Lippen; Trostfimm im Gesicht, Freude in allen Gliedern. Wo sie zieht, schauen Neugierige und träumen von ihrer Jugend und denken an Verfümtes. Die Jugend träumt nicht und soll es nicht tun. Sie lebt und wird in Freude und Kampf.

So soll es sein. Ein starkes und fröhliches Geschlecht ist uns not.

Früher schnürten um diese Zeit die Handwerksburschen ihr Bündel, um jungtgemäß einige Jahre da draußen zu verbringen. Es blieb uns ein reicher Viederschlag aus dieser Zeit, wieder, die auch uns auf unseren Fahrten noch begleiten. Heute muß so mancher wanderlustiger Abenteuerer auf dieses Wandern verzichten. Die Zeiten sind anders geworden und Wandern auf dieser Art bedeutet Hunger und Verderben. Es änderte sich die Form. An Sonn- und Feiertagen geht es nur hinaus. An den Sommerabenden, in den Ferien werden die Lande durchstreift. Immer und immer wieder zieht es die Jungen hinaus und immer kehren sie wieder, gestählt, in Freude, mit unbeflegbarer Lebenslust. — Das wird der Jugend nicht mehr genommen werden, es soll dem Vermischten eigen sein.

Früher wanderten nur die Jungen und die Mädels sahen stumm im Haus, machten stumm ihre Arbeit und litten und entbehrten und verlamen seelisch. Nun sind auch sie in Wald und Feld dahel, vor Freude zitternd paden sie ihren Rucksack und gehen hinaus wie die Jungen und mit ihnen.

Laßt uns in die Sonne gehn, In die Winde laßt uns wandern! Jeder treulich mit den andern Vor der jungen Blüte stehn.

Bruder, spüßst Du Ueberchwang? Schwester, bist Du nicht erhoben? Wo von unten so nach oben Mächtig strebt des Lebens Drang.

Jetzt nicht länger winterblind! Klar erglänzen unsre Ziele. Jugend glänzt in Kampf und Spiele Als die selber Sonne find!

(Brüger.)

Würden doch alle Arbeiterkinder mit uns hinausgehen. Könnten wir doch allen das Große nahebringen, von dessen wunderbaren Kraft sie nichts wissen. Könnten wir sie alle bei den Händen fassen und hinausziehen ins frische Frühlingsland!...

Wer die Städte verließ und Freude fand, wird nie in Städten ohne Freude leben können. Es regt sich draußen im Menschen die bessere Natur. Es werden dort die Kämpfe für neue Menschlichkeit. Nicht Weisheit ist uns wie andern das Wandern. Wenn wir auch froh und glücklich sind, vergessen wir doch nie, daß so viele ein besseres Leben und das kräftewedende Streben danach nicht kennen.

Seit Jahren ist die Arbeiterjugend zusammengeschlossen, um in Kampfgemeinschaft und Lebensgemeinschaft ihrem Leben bessere Bedingungen und schöneren Inhalt zu schaffen. Alle Seiten des Menschen sind erfasst. Herz und Sinn, Geist und Körper werden gestärkt, für wirtschaftliche Hebung und Jugendschutz gekämpft. In unserer Arbeiterjugend ist wie bei den Organisationen der erwachsenen Arbeiter das Streben nach immer besserer Gegenwart und Zukunft das Treibende.

In vielen größeren und kleineren Orten ist die Jugend zusammengeschlossen. Mancher Verein ringt mühselig und ohne Hilfe um sein Bestehen. Leicht sind Mut und Spannkraft erschöpft. Da sind es die großen Zusammenkünfte, welche wieder bringen. In der Gemeinschaft mit tausenden Gleichgesinnten schwellen die Kräfte neu.

Das soll für dieses Jahr der

Jugendtag zu Pfingsten

in Lübeck bringen. Von Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Lübeck und Hamburg werden die Jugendlichen nach dort ziehen und wenn sie wieder zurück wandern, wird durch sie in jede Familie ein Abglanz jener Freude einziehen.

Ihr Arbeiterkinder, hindert eure Kinder nicht, wenn sie ihr erspartes Geld für diese Reise anlegen wollen. Im Gegenteil, gebt Geld wenn ihr könnt und schickt eure Kinder mit uns hinaus, sei es Junge oder Mädel, wenn sie noch nicht selbst das Verlangen nach diesem Erlebnis zeigen.

Am Sonnabend und Sonntag wandern die Vereine in Richtung auf Lübeck. Am Sonnabend abend wird im Gewerkschaftshaus eine Jugendfeier mit Gesang und Tanz veranstaltet. Am Sonntag morgen geht es hinaus in den Riesebusch bei Schwartau. Das Orchester und Schauspieler vom Lübecker Theater werden eine prachtvolle Freilicht-Aufführung geben und im Anschluß hieran geht es im frohen Zug mit Gesang und Musik durch Lübeck auf den Spielplatz hinaus, wo Turnspiele, Tänze und Gesang das Fest beenden. Die Lübecker Arbeiter werden nach Möglichkeit allen Jugendlichen ein Quartier geben. Es läßt sich mit Bestimmtheit sagen: Wenn der Wettergott mit uns ist, kommt ein Jugendtag der Arbeiterjugend an der Wasserfront zustande, der von ihrer frischen freudigen Lebensart ein Zeugnis sein wird, wie keiner vorher.

Ihr aber, Jungens und Mädels, laßt Euch nicht mahnen! Ob ihr schon Mitglied unserer Organisation seid oder nicht, macht mit uns diese Reise, Ihr werdet uns immer dafür dankbar sein, daß wir Euch in ein schöneres Land einführen. . . K.

Für Achtfundentag und Jugendschutz.

Der Achtfundentag der arbeitenden Jugend ist in Gefahr. Im Reichsarbeitsministerium ist ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der die Arbeitszeit für die gewerblichen Arbeiter regelt. Darin wird bestimmt, daß die Arbeitszeit für Jugendliche einschließlich der Zeit für den Schulbesuch wöchentlich 54 Stunden betragen kann. Wird der Entwurf Gesetz, dann ist es mit dem Achtfundentag für die gesamte werktätige Jugend vorbei. Wir wenden uns darum mit aller Entschiedenheit gegen diese Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen und stellen demgegenüber erneut unsere Jugendschutzforderungen auf, die noch immer der Durchführung harren. Der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands hat an das Reichsarbeitsministerium und an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der nochmals dringend die Einbringung eines Jugendschutzgesetzes gefordert wird. In diesem Jugendschutzgesetz sollen im Einzelnen u. a. folgende Forderungen berücksichtigt werden:

a) Allgemeine Forderungen für alle Jugendlichen.

- 1. Ausdehnung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen auf alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ohne jede Ausnahme. 2. Festsetzung einer täglichen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden. 3. Verbot der Nachtarbeit. 4. Verbot der Beschäftigung Jugendlicher bis zum 20. Lebensjahr in Betrieben, die die Gesundheit besonders gefährden. 5. Verbot der Nachtarbeit bis zum 20. Lebensjahr. 6. Gewährung einer ununterbrochenen 30stündigen Sonntagsruhe. 7. Verbot des Kost- und Logierzwanges. 8. Gesetzlicher Anspruch auf mindestens 14 Tage Ferien im Jahr bei Fortzahlung des Lohnes. 9. Freigabe der zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule oder Fachschule erforderlichen Zeit, die in die Arbeitszeit eingerechnet wird. Der Unterricht ist in die Tageszeit, möglichst die Vormittagsstunden zu legen. 10. Gewährung eines freien Sonnabendnachmittags für Wandern, Sport und Spiel, ohne Abzug vom Lohn. 11. Gewährung des vollen Vereinst- und Versammlungsrechts. 12. Verschärfung der Strafbestimmungen für Unternehmer, die wiederholt in gröblicher Weise gegen die Jugendschutzbestimmungen verstoßen. 13. Stärkere Strafbestimmungen für Unternehmer, die gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoßen. 14. In Angliederung an die Gewerbeinspektionen Anstellung von Jugendinspektoren, denen die regelmäßige Überwachung der Betriebe anvertraut ist, und die den Kreisen der Arbeiterschaft zu entnehmen sind.

b) Reform des Lehrlingswesens.

- 1. Unterstellung des Lehrlings unter die allgemeinen Jugendschutzbestimmungen.

2. Festsetzung einer zweijährigen, für besonders schwer erlernbare Berufe höchstens dreijährigen Lehrzeit. Sollte in einzelnen Fällen noch über diese Zeit hinausgegangen werden, so sind die in Betracht kommenden Lehrlinge in der Entlohnung den Junggehilfen gleichzustellen.

3. Verbot der Verwendung des Lehrlings zu häuslichen und außerberuflichen Arbeiten.

4. Aufhebung des Zuchtigungsrechts des Lehrherrn und seiner Beauftragten.

5. Prüfung der Befähigung des Lehrmeisters zur Ausbildung von Lehrlingen (Prüfung der Vorbildung, eventuell Verlangen der Meisterprüfung), Verpflichtung des Meisters zur gründlichen Ausbildung des Lehrlings, Festsetzung einer zulässigen Höchstzahl von Lehrlingen, die zur Zahl der Gehilfen im richtigen Verhältnis stehen muß.

6. Einrichtung und Förderung von Lehrwerkstätten.

7. Überwachung der Lehrlingsausbildung durch Sachkommissionen, die zum Teil aus Vertretern der Arbeiter bestehen müssen.

8. Gewährung eines für den Unterhalt des Lehrlings ausreichenden Kostgeldes, dessen Höhe in den gewerkschaftlichen Tarifverträgen festzusetzen ist. Ungültigkeit der Erhebung eines besonderen Lehrgeldes durch den Meister.

9. Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten durch das Gewerbegericht, nicht durch die Innungen.

10. Schaffung von besonderen reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Bergbau, in der Schifffahrt, Flößerei, Landwirtschaft und ähnlichen für die Jugend besonders gefährlichen oder anstrengenden Berufen.

11. Die gesetzliche Neuregelung des Lehrlingswesens ist sofort auf die schon bestehenden Lehrverträge anzuwenden. Zur Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens sind in Angliederung an die Jugendämter bezirks- und ortswise besondere Ausschüsse zu bilden, die paritätisch (aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zusammenzusetzen sind. Ebenso sind auch Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Lehrlinge zu diesen Kommissionen heranzuziehen.

Die Jungen und die Alten.

Dessen müssen die Aelteren, die älter sich Fühlenden und reifer Denkenden sich wohl bewußt sein und bleiben: es war die Jugend mit ihrem idealistischen Feuergeiste, die die Dämme der alten Zeit hinwegriß und die einstigen Gewalten stürzte.

Sie war die Blut, aus der die Flamme ward.

Sie war die Welle, die tosende Brandung, die veraltete Stromhindernisse zerbersten machte.

Sie war das Feuer, das die Erzmasse des neuen Freiheitswillens zur Weißglut und zum Ausströmen brachte.

Die rote Fahne flatterte in den Händen blühender, glühender Jünglinge. Es war, als ob sie große Wohnsträuße durch reife Felber trügen. Die ganze Erde leuchtet davon. Schöner als Morgenröte, heißer als die Blut einer Eise. Die Welt ist in das Rotglühen einer Riesenschmelde getaucht: Freiheit, Menschentum, — nicht Kanonen!

Der Jugend behender Schritt war es, der über tausend Wenn und Aber in ein neues Leben sprang; der Jugend leuchtende Augen sehen über Berge von Schwierigkeiten in ihrer Zukunft Reich. Und — lächelt nicht, daß es heute nur ein Gedankenreich ist.

Wisset: sie fand eine Welt vor, die keine blühende Erde, sondern ein trauriger Leichenhaal war. Und Jugend will jung sein und alles, was dem Jungsein Kamerad ist: Schönheit, Mut, Trost, Neuland! Und sie wollte kein Erbe, das die Väter selbst verfluchen mußten. Darum zerriß sie zwischen Gegenwart und Vergangenheit die Nabelschnur und plötzlich war eine neue Zukunft geboren: die Zukunft der Jugend!

Nur die Zukunft der Jugend?

Hat nicht eine Generation, die in entsetzungs- und opferreichen Kämpfen zum Manne, ja zum ergrauten Manne geworden ist, auf diese Freiheitstage gehofft und geharrt? Mancher leider vergeblich, da ein früher Tod ihm alle Hoffnung nahm. Vor acht, Jahren erst starb der stärkste Glaubensgeist des Sozialismus, ein August Bebel. Bei der rasenden Abgrundfahrt der alten Zeit wurden da nicht zwei gutgläubige Männerseelen, Jaures und Ludwig Frank, hinweggeschleudert? Ja, ein Jean Jaures hätte dies erleben sollen! Alle unsere „Alten“ sollten nur einen Blick in die neugewordene, neuerwerbende Welt werfen können! . . .

Ihrer gedenken, heißt die heutige, festhaft dahinschreitende Jugend daran gemahnen, daß sie die Alten nicht vergessen darf, daß sie ihnen, ob lebend oder tot, verpflichtet ist. Nicht im Sinne des hergebrachten Verhältnisses wie zwischen Eltern und Kindern, sondern im Sinne des künftigen Verhältnisses: Vertrauen und Kameradschaft!

Die Alten sollen stolz sein auf eine Jugend, die — wie einst sie selbst! — freudig und mutig dem Ziele entgegenzweitet. Die Jugend aber sollte sich freuen, die Reife und Erfahrung des Alters auf ihrer Seite zu haben. Verstand und Erfahrung sind das Gehirn des organisch hanebenen Lebens und Gemeinschaftswesens, das Herz aber ist die Triebkraft.

Herz und Hirn! Jugend und Alter! Schließt euch enger zusammen als je! Herz und Hirn müssen gemeinamer sein als je!

Die Freiheit, der Sozialismus rufen alle Herzen und Hirne, die frei schlagen, frei denken.

Denn die Welt ist in das Rotglühen einer Riesenschmelde getaucht. Die Zukunft ist unter Schmerzen geboren, der Menschheit wahres, waches Leben beginnt!

Julius Zerkow.

Maßsprüche.

Wer sich die Nächstenliebe erkoren, Wer zu Gleichheit und Freiheit geschworen, Wird in allen Lebenslagen Hoch das Haupt im Nacken tragen!

Sozialist sein, heißt gut sein, heißt voll Kraft sein, voll Mut sein, heißt kämpfen und streiten und den Weg der Zukunft bereiten!

Ausgabe von Lebensmitteln

für die Zeit vom 7. bis 13. Mai 1921.

Art	Menge	Preis	Abschnitt und Karte
Brot	1500 gr		B der Brotkarte
Brot wahl-	800 "		A der Brotkarte
Mehl weisse	200 "		
amerik. Weizen-			
mehl	400 "	Mk. 3.00	Kopf der Brotkarte
Zucker	125 "		252/256 Zucker
			(bis zum 5. 6. 21)
Mübeln	500 "	6.20	251 Mühlenfabrikate
Braune Bohnen	500 "	1.40	848 Warenkarte
Marmelade	500 "	2.80	849 Warenkarte

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preisüberlei vom 8. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 6. Mai 1921. (1620)

Das Landesverorgungsamt.

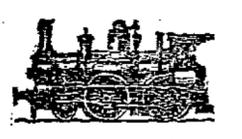
Tüchtiger Blocksäger,

möglichst gelernter Stellmacher, gesucht.
Dienstwohnung vorhanden. Ang. u. M H an d. Exp. d. Bl. (1657)

Erfahrener, selbständig arbeitender
Bauschlosser
auf Eisenkonstruktion sofort gesucht.
Feldbahnfabrik
Beiß, Rosenstern & Co.,
Schlüp. (1658)

Zentral-Verband der Zimmerer, Jahreshilfe
sucht zum 25. Juli 1921 einen
Geschäftsführer.

Bewerber müssen 10 Jahre unserem Verbandsangehörig haben, mit der Verwaltung und den Kassengeschäften vertraut sein, etwas rednerische Fähigkeiten besitzen und zwei Bezirke in Lübeck mit Kassieren. Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf, Angaben über die bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit und Verbandsbuch sind bis zum 20. Mai 1921 zu richten an (1653)
Chr. Jürgens, Elmwigstraße 11c.



Sonderzüge zu Pfingsten.
Sonntag, den 14. Mai:
Gilgung 54, Lübeck-Nien-
dorf (Offsee) 2. u. 3. Kl.
Lübeck 9.50 vorm., Trave-
münde Stadt 10.18, Nien-
dorf 10.40 ohne Halt auf den
Zwischenstationen.

In Travemünde Anschluss
an Dampfer „Möme“ nach
Brönitz, Kellenhusen, Dahme
Gilgung 56, Lübeck-Nien-
dorf (Offsee) 2. u. 3. Kl.
Lübeck 4.24 nachm., Trave-
münde Stadt 4.52, Nien-
dorf 5.14, ohne Halt auf
den Zwischenstationen.

Sonntag, den 15. Mai:
Gilgung 54, Lübeck-Nien-
dorf (Offsee) wie am 14.
Mai.
Vorgug 243, Lübeck-
Hageburg 2, 3. u. 4. Kl.
Lübeck 7.53 vorm., Hage-
burg 8.20, ohne Halt auf
Zwischenstationen.

Sonntag, den 15. und
Montag, den 16. Mai:
Gilgung 174, Lübeck-Trave-
münde 2. u. 3. Kl.
Lübeck 1.50 nachm., Trave-
münde Stadt 2.20, ohne Halt
auf Zwischenstationen.

Gilgung 175, Travemünde
Stadt-Lübeck 2. u. 3. Kl.
Travemünde Stadt 7.23 abds.
Lübeck 7.53, ohne Halt auf
Zwischenstationen.

Gilgung 59, Travemünde
Stadt-Hamburg 2. u. 3. Kl.
Travemünde Stadt 8.2, Lü-
beck ab 9.2, Wandsb. 10.2.
Hamburg 10.18, ohne Halt
auf Zwischenstationen.

Vorgug 252, Hageburg-
Lübeck 2, 3. u. 4. Kl.
Hageburg 8.22 abds., Lübeck
8.2, ohne Halt auf Zwischen-
stationen. (1645)

Die Direktion
der Lübeck-Häfen
Eisenbahngesellschaft.
Strammer Junge
angekommen. (1639)
W. Maltritz und Frau
Sophie, geb. Krellenberg.
Tüchtige Malergehilfen
steht ein
Max Stein, Malerstr.
1655, Gernerstraße 5.
Gutes Fahrrad zu verk.
1648, Wapfenstr. 25, IV.
Verkauf u. Schiffs- u. af.
1616, Reiterstr. 39a.

Wert der Natural- und Sachbezüge bei Berechnung des Steuerabzugs vom Lohn.

I. Als Geldwert der den Angestellten und Arbeitnehmern als Teil ihres Lohnes neben dem Barlohn gewährten Natural- und sonstigen Sachbezüge sind für die Berechnung des bei der Lohnzahlung zu machenden Abzuges für die Einkommensteuer für den Bezirk der Finanzämter Lübeck, Gütin und Schönberg i. M. mit Wirkung vom 1. Mai 1921 ab die aus der nachstehenden Übersicht ersichtlichen Beträge zugrunde zu legen.

Geldwert

der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Mai 1921 ab. (1611)
(§ 2 Absatz 2 der vorläufigen Bestimmungen vom 28. Juli 1920 - R. G. Bl. S. 1463 -).

Lau- fende Nr.	Bezeichnung der Arbeitnehmergruppen	Geldwert				
		Volle Befö- rta, einschl. Wohnung, Getzung, Licht täglich M.	Nur für Woh- nung, Licht täglich M.	Nur für volle Beförigung täglich M.	Für Mittagessen täglich M.	Nur für a) Morgens b) Abendbrot täglich M.
I.	Hausangestellte: a) in gehobener Stellung (z. B. Betriebsbeamte, unver- heiratete Hauslehrer, Hauslehrerinnen, Erzieherinnen, Gesellschafts- und Hausdamen)	7.—	1.50	5.50	2.75	a) 1.25 b) 1.50
		6.—	1.—	5.—	2.50	a) 1.— b) 1.50
II.	Angestellte und Arbeiter in Handels- und Gewerbebetrieben aller Art (einschl. Lehrlinge)	6.—	1.—	5.—	2.50	a) 1.— b) 1.50
III.	In leitender Stellung beschäftigte Personen (z. B. Amts- ärzte, leitende Betriebsbeamte in Handels-, Gewerbe- oder Landwirtschaftlichen Betrieben)	9.—	2.—	7.—	3.50	a) 1.50 b) 2.—
IV.	In der Seeschifffahrt beschäftigte Personen: a) in der „Großschifffahrt“ beschäftigte Kapitäne, Schiffs- offiziere und sonstige im Offiziersrang stehende Glieder der Besatzung	8.—	—	—	—	—
		7.—	—	—	—	—
V.	Für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer sind die Sätze des für den Finanzamtsbereich maßgebenden Tarif- vertrages zwischen dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber- verband und dem Landarbeitervorband zugrunde zu legen. Soweit der Tarifvertrag für einzelne Arbeitnehmer keine Sätze vorsieht, bestimmt das Finanzamt den Wert.					

II. Vorstehende Werte gelten nur für den Steuerabzug und greifen in keiner Weise bei der Bewertung der tatsächlichen Sachbezüge bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens zur Veranlagung vor. Gleichzeitig verliert die Bestimmung des § 2 Absatz 2 der vorläufigen Bestimmungen des Reichsministers der Finanzen vom 28. Juli 1920, wonach die Natural- und Sachbezüge nicht höher als mit Mk. 5.— täglich zu bewerten waren, ihre Geltung.

III. Andere als in obiger Übersicht nicht aufgeführten Sachbezüge irgend welcher Art und Umfangs sind im einzelnen Falle beson-
ders zu bewerten.

IV. In Zweifelsfällen ist die Entscheidung des Finanzamtes herbeizuführen.
Lübeck, den 6. Mai 1921.

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck,
Abteilung Ia für Besitz- und Verkehrssteuern.

10 Maurer

stellt ein (1614)

Baustelle Kückniz.

Fahrtgeld wird gewährt.
J. Lüdemann,
Kafetau-Kückniz.

Getr. mod. Jacketanzug zu
verk., Preis Mk. 150. (1628)
Mühlenbrüde 1 L. 12a.

2 weiße Stidereikleiden,
2-4 jährl., zu verk. (1654)
Augustenstr. 3, L. 31.

Zu verkaufen Garderoben-
ständler, gr. Kiofetteimer.
(1617) Woiklinger Allee 83.

Grammophon z. kauf, gel.
(1630) Ang. u. G. H. a. d. Exp.

3. verk. 1 B. K.-Stief. Gr.
38, u. 1 B. M.-Stief. Gr. 26.
(1625) Käfer, Wäckerstr. 9.

Weiße Kinderbettst. z. verk.
(1637) Brießstr. 19, II.

Blaue Jüngl.-Anzug zu
verk., Preis 200 Mk. (1634)
Feldstr. 1, II (Mühlentor).

1 Paar gebz. Damensstief.
Nr. 38 zu verkaufen.
(1636) Luitensstr. 16, I.

Ein Sparherd bill. z. verk.
(1651) Wapfenstr. 71, II.

1 dunkelbl. u. 1 weis. Kostüm
b. z. v. Kottwigstr. 33, II. (1664)

2 Paar Damenschuhe, Gr.
40 zu verkaufen.
(1668) Glandorpstr. 28, I.

KL u. Hund, R.-Stief. 36 z. vt.
(1597a) Glandorpstr. 26, I.

Junge Kanarienv. z. verk.
(1662) Lünenhagen 24.

Ein gr. Zuchthahn z. verk.
(1642) Dornestr. 40 a.

Zugänger zu verkaufen.
(1624) Ritterstr. 2 a.

2 Sag Ferkel
sind zu ver-
kaufen. (1648)
J. Kläwer,
Schwartzauer Allee 133.

Balschballe gegen Zim-
merne zu verkaufen.
(1635) Schumacherstr. 4, II.

Geräucherte Schellfische
hochfein im Geschmack
pr. Stk. 2.50 Mk.
1606
Sozialis. Kabinen,
Schellfisch und Karbonade
zu allerbilligsten Preisen.

Herm. Weber
Katholische, Stadt 42/43

Für Geburtstags- und Verlobungsgeschenke

eignen sich unsere in den verschiedensten
Preislagen vorrätigen Briefkassetten,
Briefmappen, Damenschreib-
mappen, Blumen-Briefkarten
mit Umschlägen, Notiz-
büchlein in Batif-
papier-Umschlag,
Visitenkarten
und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Zu verkaufen:

1 Cutaway m. gefir. Hofe,
1 reiner Anzug, 3.20 m
blbr., Anzugstoff, prima
Futter für 2 Anzüge, 1 blbr.
Mantel, mehr, gut erhalt.
Stiefel 41, 5 m hellbl. Seide,
1 Stummerdiener (Nugb.),
2 Zeltbahnen: ca 8 m dick,
wasserd. Stoff, passd. für
Bubenbel, 1 neues rotes
Kaisermantel, 1 Gas-Mess-
Zuglampe, 1 Messinghänge-
lampe, 4 reiner m. Hemden,
1 Paar Lederhandschuhe,
mehrere Glacehandschuhe,
1 brauner Anzug, 2 eich.
n. Herrenstühle. (1656)
Egebergstr. 7, II.

Steuerbuch

enthaltend:
Einkommensteuergesetz
für persönl. Steuergesetz
Kapitalertragsteuergesetz
Landessteuergesetz
Erbfallssteuergesetz
Reichsabgabenordnung
mit gemeinverständlichen
Erläuterungen.
Herausgegeben von
Wilhelm Kell.
Preis Mk. 20.—
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die neuen
Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Tomatenpflanzen,
alle Sorten Kohl- u. Sellerie-
pflanzen billigst. Blü-
menpflanzen. A. Hundt,
(1626) Stöckelsdorf, F. 1523.

**Auszug aus den
wichtigsten
Steuergesetzen**
in Plakatform,
zweifarb. gedruckt,
nach dem Stande
vom 1. April 1921,
Preis Mk. 8.00.
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co.,
Buchhandlung,
Johannisstraße 46.

**Neues
Liederbuch**
für Arbeiter
und Naturfreunde
Mk. 1.20.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Bohnenstrof
Erbisenstrof
Maisstrof
Fertelfutter
Maisgrieß
Hühnerkorn
Mais (1661)
empfiehlt

H. Gaertner
Dummersdorf.

Kräftige Sellerie, Porree,
alle Sorten Kohlpflanzen,
Tabak, Tomatenpflanzen,
sowie Einrichtungs-
Bohnen ohne Fäden
empfiehlt (1627)

H. Klemm,
Gärtner,
Fackenburg bei Lübeck.

Gleg. Schlafzimmer
1950, 2200, 2600, 3500.
Moderne Küchen
750, 975, 1250, 1550 Mk.
Gebzimmer billig.
Boldt's Möbellager
Fischergrube 27, (1641)

Neueste Ausgabe!
**Kommentar zum
Betriebsrätegesetz.**

Enthaltend u. a.:
Musterarbeitsordnung
u. Entscheidungen des
Reichsarbeits-
ministeriums.
Von Dr. Georg Flatow.
Preis Mk. 12.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.

Anzeigen

für hiesige und
auswärtige Zeit-
ungen und Zeit-
schriften vermit-
telt zu Original-
preisen
Die Geschäftsstelle des
„Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 46.